NEWSLETTER

GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSORTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nr. 4, November 2013, 2. Jg.

Herausgegeben von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten

Redaktion: Dr. Harald Schmid

INHALT

3 EDITORIAL

FORUM

4 *Anke Spoorendonk* | Erste Schritte für ein Gedenkstättenkonzept erfolgreich gegangen. Die Gedenkstättenpolitik der Landesregierung – eine Zwischenbilanz

5 *Thomas Schaack* | Nordkirche und Gedenkstätten in Schleswig-Holstein

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

8 Internationale Gedenkstättencharta

10 *Uta Körby* | Kaltenkirchen: Projekt „Nachkriegsgeschichte"

10 *Lutz Prieß* | Gräber sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter. Ein Datenbankprojekt des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst

BERICHTE UND INFORMATIONEN

14 *Dokumentation:* Ergebnisprotokoll des 2. Runden Tisches zur Zukunft der Gedenkstättenlandschaft und Erinnerungsarbeit in Schleswig-Holstein am 22. April 2013

17 *Dokumentation:* Eckpunkte eines Landeskonzepts zur Entwicklung der Gedenkstätten und Lernorte in Schleswig-Holstein

20 *Dokumentation:* Thesen der LAGSH zur Entwicklung der Arbeit von Gedenkstätten und Erinnerungsorten in Schleswig-Holstein

22 *Ulrich Jeß* | Ladelund: Tag des Gedenkens und der Rückschau

24 Projekt „Historischer Lernort Neulandhalle" vorgestellt

24 Ahrensbök: Eröffnung der neuen Dauerausstellung

25 *Uta Körby* | Kaltenkirchen: Wechsel an der Vorstandsspitze und Besuche politischer Prominenz

28 *Hans Werner Berens* | Ein Jahr Lehrerpoolstunden in Kaltenkirchen

29 *Uta Körby* | Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

30 *Heino Schomaker* | Dem hohen Stellenwert zivilgesellschaftlichen Engagements in der Gedenk- und Erinnerungsarbeit muss Rechnung getragen werden – Rückblick auf die 8. Landesgedenkstättentagung

31 *Moritz Heinrich* | Als Freiwilliger im Flandernbunker Kiel

LESEZEICHEN

AUFGEBLÄTTERT

33 *Oliver von Wrochem* | „Renovierung der deutschen Erinnerungskultur"? Anmerkungen zu einem vieldiskutierten Buch

36 LITERATURHINWEISE

TERMINKALENDER

38 VERANSTALTUNGEN

41 IMPRESSUM

EDITORIAL

„Moderne Gedenkstätten sind Museen der Zeitgeschichte mit einer besonderen Verpflichtung zur humanitären und staatsbürgerlichen Bildung." So steht es in der Ende 2012 verabschiedeten Internationalen Gedenkstättencharta, die in diesem *NEWSLETTER* erstmals in deutscher Übersetzung veröffentlicht wird. An einer anderen Stelle heißt es: „Gedenkstätten als Museen der Zeitgeschichte üben stets Selbstkritik an der eigenen Geschichte und müssen dies in eine Geschichte der jeweiligen Erinnerungskultur einbetten." Die Charta formuliert Grundsätze der Arbeit in Gedenkstätten, die der verbindlichen Orientierung in den Einrichtungen und für den öffentlichen Umgang mit ihnen dienen sollen. Insofern handelt es sich dabei auch um einen für die nachhaltig in Bewegung geratene schleswig-holsteinische Erinnerungskultur maßgeblichen Grundlagentext.

In den Monaten seit dem Erscheinen des letzten *NEWSLETTERS* sind die angestoßenen Entwicklungen in der hiesigen Gedenkstättenlandschaft erkennbar weiter vorangekommen. Dies spiegelt sich auch auf den folgenden Seiten wider.

Im *Forum* zieht Anke Spoorendonk, die Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, eine erste Zwischenbilanz der Gedenkstättenpolitik der seit 2012 amtierenden Landesregierung. Thomas Schaack vom Landeskirchenamt beschreibt in seinem Beitrag Motive der Nordkirche, sich für Gedenkstätten und Erinnerungsorte zu engagieren.

Aktuelle „Projekte und Perspektiven" stellt die Rubrik *Pinnwand* vor: die Internationale Gedenkstättencharta, ferner ein Vorhaben der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen zur Nachkriegsgeschichte und ein übergreifendes, auch für Schleswig-Holstein relevantes Forschungsprojekt zu sowjetischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeitern.

Der *NEWSLETTER* soll die Aktiven und Akteure ebenso wie Interessierte im Feld der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten und Erinnerungsorte zur nationalsozialistischen Geschichte informieren – und auch wichtige Entwicklungen zumindest ansatzweise dokumentieren. Deshalb sind zu Anfang der Unterrubrik „Berichte und Informationen" drei Dokumente aus dem Kontext des „2. Runden Tisches zur Zukunft der Gedenkstättenlandschaft und Erinnerungsarbeit in Schleswig-Holstein" wiedergegeben. In diesem Zusammenhang: Der zunächst für Herbst 2013 geplante 3. Runde Tisch ist auf 2014 verschoben worden. In weiteren Beiträgen informiert der *NEWSLETTER* über aktuelle Entwicklungen in einzelnen Gedenkstätten und Erinnerungsorten, ergänzt von Kurzberichten zur Tätigkeit der Landesarbeitsgemeinschaft und zur 8. Landesgedenkstättentagung. Zum Vormerken: Die nächste Landesgedenkstättentagung findet vom 19. bis 21. September 2014 statt.

Diese Ausgabe des NEWSLETTERS präsentiert sich in einem teilweise neuen Layout. Insbesondere die Umstellung auf Spalten soll dazu beitragen, die Lesbarkeit zu verbessern. Teil dieser Weiterentwicklung ist die neue Unterrubrik „Aufgeblättert", in der künftig jeweils eine ausgewählte aktuelle Publikation aus den Themenfeldern Erinnerungskultur und Gedenkstätten vorgestellt wird. Den Auftakt macht Dr. Oliver von Wrochem, der sich kritisch mit dem vieldiskutierten Buch „Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur" auseinandersetzt.

Ohne die unkomplizierte Bereitschaft zur Mitarbeit von Autorinnen und Autoren, Fotografinnen und Fotografen, wäre auch dieser *NEWSLETTER* nicht möglich gewesen. In diesem Sinne allen Beteiligten herzlichen Dank!

Harald Schmid

FORUM

Erste Schritte für ein Gedenkstättenkonzept erfolgreich gegangen. Die Gedenkstättenpolitik der Landesregierung – eine Zwischenbilanz

Anke Spoorendonk

Im Herbst 2012 sind wir mit unserer landesweiten Diskussion zur Zukunft der Gedenkstättenlandschaft gestartet. Ziel der Landesregierung war und ist es, die Arbeit in den Gedenkstätten und an den Erinnerungsorten nachhaltig zu stärken und ein von Gedenkstättenträgern und ehrenamtlich in diesem Bereich tätigen Vereinen und Verbänden mitgetragenes Konzept zu entwickeln. Es ist für mich dringend notwendig, dass die Gedenkstätten und Erinnerungsorte im Sinne eines Beitrages zur politischen Bildungsarbeit unserer Gesellschaft zukunftsfähig gemacht werden. Das künftige Landesgedenkstättenkonzept soll die Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit im Land sichern, an aktuelle Herausforderungen anpassen und perspektivisch weiterentwickeln. Dazu zählt auch eine gewisse Professionalisierung der vorwiegend ehrenamtlich ausgeübten Gedenkstättenarbeit.

Ein wichtiger Baustein, ja eher noch ein Meilenstein in diesem Zusammenhang sind für mich die beiden Anträge auf Bundesförderung, die jetzt im September beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) gestellt wurden: erstens ein Antrag zur Modernisierung und konzeptionellen Weiterentwicklung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund und zweitens ein Antrag für das Projekt Historischer Lernort Neulandhalle. Beide Anträge werden aus Landesmitteln kofinanziert. Die Entscheidung des BKM erwarten wir zum Jahresende, spätestens aber nach Bildung der neuen Bundesregierung. Ich bin da sehr zuversichtlich.

Die Grundlagen und Eckpunkte für die Gedenkstättenkonzeption haben wir im Rahmen von zwei „Runden Tischen" ausführlich und in vielen begleitenden Gesprächen diskutiert. In einer Arbeitsgruppe unter der Leitung von Staatssekretär Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer wurde zuvor das Eckpunktepapier erarbeitet, das als Grundlage des künftigen Landeskonzepts dienen soll. Nach der bisherigen Planung soll es Mitte 2014 fertiggestellt sein und dann – im Sinne eines möglichst breiten Konsenses – weiter am Runden Tisch besprochen werden.

Konkret geht es bei der Entwicklung der Gedenkstättenkonzeption

- inhaltlich um die Bestimmung der Themen, die zukünftigen Generationen vermittelt werden sollen. Damit verbunden ist die Einigung auf Kriterien der Förderung durch das Land;
- strukturell um die Professionalisierung der für die genannten Ziele arbeitenden Einrichtungen und eine Festlegung darauf, an welchen authentischen Orten in Schleswig-Holstein diese Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit erfolgen kann und sollte;
- institutionell um den Aufbau von Strukturen, die eine Professionalisierung ermöglichen und insgesamt zu einer effektiveren Zusammenarbeit führen;
- finanziell um die Verständigung über die Höhe der Finanzierung oder Förderung durch das Land, Kommunen, Kirchen und Träger;
- und insgesamt um die Weiterentwicklung der landesweiten Erinnerungsarbeit mit gemeinsamen Zielen und Schwerpunkten.

Im Zentrum der künftigen Gedenkstättenkonzeption steht die Weiterentwicklung auch der Bürgerstiftung Schleswig-

Holsteinische Gedenkstätten als kompetente Beratungs- und Fördereinrichtung für alle Gedenkstätten sowie als Trägereinrichtung für den zu entwickelnden Historischen Lernort Neulandhalle in Dithmarschen und potenziell für andere Gedenkstätten. Es entsteht sozusagen ein „Netzwerk mit Zentrum".

Ministerin Anke Spoorendonk beim 2. Runden Tisch am 22. April 2013. *Foto: Jens Rönnau*

In kleinen, aber sehr konkreten Schritten haben wir uns also auf den Weg gemacht, unsere gemeinsame Idee von einer nachhaltigen Erinnerungskultur für Schleswig-Holstein zu verwirklichen. Wir alle nehmen damit auch ein großes Stück Verantwortung wahr. Und darum geht es letztlich: um Verantwortung gegenüber diesem dunklen Teil unserer Geschichte und deren Konsequenzen, die wir als Gesellschaft daraus gezogen haben und weiterhin ziehen müssen. Denn die Verantwortung für Ursachen, Ausmaß und Folgen des nationalsozialistischen Unrechts bleibt als Teil der Geschichte ausschließlich bei uns Deutschen.

Nur auf dieser Basis und unter Verweigerung jeglichen Verdrängens und Vergessens können wir den Blick nach vorn richten – und aus der Vergangenheit Lehren für unsere Gegenwart und Zukunft ableiten. Und darum ist es so wichtig, dass wir das Gedenken und Erinnern an die Opfer des NS-Terrors wachhalten, dass wir das Durchdringen und Verstehen des perfiden Machtmissbrauchs dieser Zeit gerade vor dem Hintergrund des Generationenwechsels im öffentlichen Bewusstsein halten und weiterhin deutlich machen.

Natürlich hat die gemeinsame Arbeit an diesem sehr guten, bedeutsamen gesellschaftlichen Anliegen uns allen bislang auch einiges an Energie und persönlichem Einsatz abverlangt. Und unsere Kräfte werden weiterhin gefordert sein. Aber nach einem guten Jahr mit viel Elan und Engagement aller Beteiligten darf ich ganz sicher feststellen, dass wir schon ein gutes Stück vorangekommen sind. Darüber freue ich mich sehr. Und dafür bedanke ich mich bei allen Mitwirkenden sehr herzlich.

ANKE SPOORENDONK ist Ministerin für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein.

Nordkirche und Gedenkstätten in Schleswig-Holstein

Thomas Schaack

Die Bibel berichtet viermal, dass Kinder die Erwachsenen fragen, warum sie gewisse Bräuche ausüben. Die erste Frage lautet: „Wenn dich nun dein Sohn morgen fragen wird: Was sind das für Vermahnungen, Gebote und Rechte, die euch der HERR, unser Gott, geboten hat?, so sollst du deinem Sohn sagen: Wir waren Knechte des Pharao in Ägypten, und der HERR führte uns aus Ägypten mit mächtiger Hand …" In der jüdischen Tradition gilt diese Frage – sie findet sich im 5. Buch Mose 6,20ff. – wegen ihrer genauen Formulierung als Frage des *schlauen* Kindes.

Die zweite Frage findet sich im 2. Buch Mose 12,26f.: „Und wenn eure Kinder zu euch sagen werden: Was habt ihr da für einen Brauch?, sollt ihr sagen: Es ist das Passaopfer des HERRN, der an den Israeliten vorüberging in Ägypten, als er die Ägypter schlug und unsere Häuser errettete." Wegen des distanzierenden Tons („Was habt

ihr da …") ist dies die Frage des *bösen* Kindes.

Das dritte Kind begegnet uns im 2. Buch Mose 13,14f.: „Und wenn dich heute oder morgen dein Sohn fragen wird: Was bedeutet das?, sollst du ihm sagen: Der HERR hat uns mit mächtiger Hand aus Ägypten, aus der Knechtschaft, geführt...." Wegen ihrer Schlichtheit wird diese Frage dem *einfältigen* Kind zugeordnet.

Und schließlich treffen wir im 2. Buch Mose 13,8 das Kind, *das noch nicht zu fragen versteht*, aber auch eine Antwort bekommen muss: „Ihr sollt euren Söhnen sagen an demselben Tage: Das halten wir um dessentwillen, was uns der HERR getan hat, als wir aus Ägypten zogen."

Was wir hier lesen, ist eine Grundtätigkeit – nicht nur – jüdisch-christlicher Kultur: Wir tun etwas, das seinen Hintergrund in der Tiefe der Geschichte hat und uns trotzdem heute noch prägt. Bestimmte Handlungen, Bräuche und Riten werden weitergegeben: an die Kinder, die fragen – weshalb auch immer. Und sogar an die Kinder, die nicht fragen. Denn auch der kommenden Generation soll gesagt werden, woher wir kommen und wie wir mit prägenden Erfahrungen umgehen können.

Auch wenn es „nur" um Feste und Bräuche geht, mit denen Erinnerung in Szene gesetzt wird, ist damit Grundlegendes angesprochen: eine Geschichte von Knechtschaft, Unterdrückung und Gewalterfahrung, von Rettung und ambivalenten Reaktionen der Geretteten. Die Antworten der Alten sollen erzählen, wer man ist, warum man so ist wie man ist, und weshalb man eine Gemeinschaft ist: aufgrund einer gemeinsamen Erfahrung nämlich. Da raunt man sich nicht nur nebulös zu „Da war mal was … !", sondern man kann sehr präzise erzählen, Ross und Reiter benennen und zugleich sagen, dass wir heute an einem Punkt dieser offenen Geschichte stehen und sie nun weitererzählen und „weiterleben" sollten. Man muss das sogar dem „bösen" Kind sagen, das sich distanziert. Auch dieses Kind hat ein Anrecht auf eine ruhig vorgetragene Antwort, die es verstehen kann.

Eine klassische Möglichkeit, solche Erinnerung zu kultivieren und unter den Generationen zu halten, sind *Orte*. So sind auch Gedenkstätten Orte, an denen wir lernen wollen nicht zu vergessen, und erreichen möchten, dass bestimmte Ereignisse in einer bestimmten Deutung Teil des kulturellen Gedächtnisses bleiben. Solche Orte dienen der Vergewisserung über die eigene Her- und Zukunft. Auf der anderen Seite kann man sagen: Fehlen solche Gedächtnis-Orte, ist es für eine Gesellschaft durchaus schwierig, ihr kulturelles Gedächtnis zu stabilisieren und sich ihres Selbstbildes sicher zu sein. Der Ort als *Immobilie* steht für das, was weitergegeben werden und uns alle immer angehen soll. Auf einem anderen Blatt steht, dass auch Gedächtnisorte durchaus um- und neu gedeutet werden können oder sogar komplett vergessen werden. Wie jede Immobilie, so bedarf auch der Gedächtnisort der dauernden Pflege und Aufmerksamkeit. Er fällt einem nicht in den Schoß, sondern er ist eine kulturelle Leistung, also mit Arbeit verbunden.

Dieser Arbeit stellt sich auch die Nordkirche. Dabei geht es der Nordkirche zum einen um die Betrachtung der eigenen Geschichte. So wird im November 2013 der erste Band der Studien von Dr. Stephan Linck über die Geschichte von Juden und Christen und die Aufarbeitung der auch für die Kirchen sehr problematischen Nazi-Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg erscheinen. Wahrscheinlich in zwei Jahren wird ein zweiter Band folgen, so dass die Zeit bis zum Ende der DDR beschrieben sein wird.

Zugleich sind noch andere Dinge in Entwicklung: Neben dem Engagement der kirchlichen Gedenkstättenarbeit in Neuengamme durch Pastor Hanno Billerbeck fördern die Nordkirche und der Kirchenkreis Nordfriesland derzeit das Projekt *ProGedenkstätten* mit Karin Penno-Burmeister.

Eine weiterer Anstoß: Seit Ende 2012 und noch bis Mitte 2015 arbeitet Pastor Ulrich Hentschel an der Evangelischen Akademie der Nordkirche mit dem Schwerpunkt *Erinnerungskultur*; auch er befasst sich mit Erinnerungsorten, wie zum Beispiel den Gedenktafeln in unseren Kirchen, die von den Kolonialkriegen bis zum Zweiten Weltkrieg reichen und heute oft eine problematische Herausforderung darstellen. Eine Verlängerung dieser Arbeit über 2015 hinaus ist derzeit in Planung.

Zu den Orten besonderen Engagements zählt natürlich die von der Kirchengemeinde St. Petri Ladelund getragene KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund – die einzige derartige Einrichtung in Deutschland, die sich in kirchlicher Trägerschaft befindet. Dort wird ganz in dem eingangs beschriebenen Sinne Aufklärung über die Geschehnisse gegeben, zugleich eine Geschichte der Annäherung und der Versöhnungsarbeit erzählt sowie Versöhnung gelebt. Der Bericht über das schier unerträgliche Grauen, die Möglichkeit zum Gedenken und zur Begegnung gehören zusammen und prägen diesen besonderen Ort.

Nicht anders die Lutherkirche in Lübeck: Die Lutherkirche hat sich seit Jahren dem Gedenken an Karl Friedrich Stellbrink zugewandt, der an dieser Kirche aus den 1930er-Jahren Pastor war. Stellbrink, der zusammen mit drei katholischen Geistlichen vor 70 Jahren hingerichtet wurde, gibt keinen Anlass zu einer Art „kirchlicher Heldenverehrung", sondern stellt einen durchaus ambivalenten Charakter dar, der gleichwohl Gewaltopfer des Naziregimes wurde. In einer sehr guten Zusammenarbeit mit der katholischen Kirche vor Ort gelingt auch ein ökumenisches Gedenken, das beide Kirchen übrigens mit durchaus unterschiedlichen Akzenten versehen. Die Gemeinde steht derzeit vor einem Umbau der Kirche, die nicht frei von problematischen Akzenten der 30er-Jahre ist, und wird auch die Stellbrink-Ausstellung neu gestalten. Kirchenkreis und Landeskirche wollen dabei finanziell helfen.

Ein weiteres, großes Projekt wurde schon im letzten *NEWSLETTER* vorgestellt und hat inzwischen einige Fortschritte gemacht: Das Land möchte die dem Kirchenkreis Dithmarschen gehörende Neulandhalle im Dieksanderkoog zu einem historischen Lernort ausbauen. Jüngst sind dazu entsprechende Förderanträge beim Bundesbeauftragten für Kultur und Medien gestellt worden (darunter auch ein Förderantrag für die Gedenkstätte Ladelund). Sollte die Entscheidung positiv ausfallen, kann dieses sehr ehrgeizige Projekt angegangen werden, in das der Kirchenkreis das Gebäude einzubringen beabsichtigt.

Die Nordkirche weiß also um die wichtige Aufgabe des Erinnerns, ihre hohe gesellschaftliche und kulturelle Funktion, die damit zusammenhängende Bildungsaufgabe und die Gestaltung von Versöhnung und Begegnung. Sie stellt sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten der Herausforderung, Gedenkorte zu stützen und zu fördern. Bald 70 Jahre nach Kriegsende und mit dem Tod der Zeitzeugen werden sich die Formen der Erinnerung vielleicht verändern – die Erinnerung selbst aber kann nicht zur Debatte stehen.

DR. THOMAS SCHAACK ist Referent für theologische Grundsatzfragen im Landeskirchenamt der Nordkirche, Kiel.

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

Internationale Gedenkstätten-Charta*

Einleitung

Gedenkstätten tragen Verantwortung für den Schutz der Würde der Opfer vor allen Formen der Ausbeutung und sie müssen, jenseits des herkömmlichen Geschichtsunterrichts, gewährleisten, dass die Interpretation politischer Ereignisse zu kritischem und unabhängigem Nachdenken über die Vergangenheit anregt. Deshalb ist es an der Zeit, dass Gedenkstätten, als eine einzigartige Form des zeitgenössischen historischen Museums, eine Grundlage für ihre Zusammenarbeit auf einer nationalen und internationalen Ebene finden.

Der organisatorische Rahmen für ein internationales Konsortium wurde bereits ins Leben gerufen: Die Task Force für Internationale Kooperation bei Holocaust-Bildung, -Gedenken und -Forschung hat die Aufgaben, Einrichtungen zu unterstützen, die der Opfer der Nazis gedenken sowie die Erhaltung der historischen Orte, der Quellen und der Artefakte im Geist und der Zielsetzung der Stockholmer Erklärung zu fördern.

Als Folge ihrer Eingliederung in das International Council of Museums (ICOM) und der Anerkennung der universellen ethischen und politischen Prinzipien der UN-Charta ist es die Aufgabe des International Committee of Memorial Museums (IC MEMO), die universellen Menschen- und Bürgerrechte und die sorgsame Wahrung von Kulturgütern aufrechtzuerhalten. Das IC MEMO fungiert als Dachorganisation für viele verschiedene Gedenkstätten, die sich in Europa, Afrika, auf dem amerikanischen Kontinent und in Asien den Opfern der Staatstyrannei widmen.

Charta

Es handelt sich um eine internationale Gedenkstätten-Charta, die sich an der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UNO und an den ethischen Prinzipien des ICOM orientiert. Die allgemeinen Prinzipien des Gedenkens in Gedenkstätten lauten wie folgt:

1. Eine gemeinsame Erinnerungskultur kann und darf nicht per Dekret erzwungen werden. In Anbetracht der sehr unterschiedlichen historischen Erfahrungen sollten Gedenkstätten von der Koexistenz unterschiedlicher Erinnerungsnotwendigkeiten ausgehen, die die Schaffung pluralistischer Erinnerungskulturen zum Ziel haben. Institutionen sollten auf Zusammenarbeit ausgerichtet sein statt auf die Förderung des Wettbewerbs, der in ein Ringen um Überlegenheit ausarten kann. Sollte dieses Unternehmen gelingen, so könnte allmählich eine gemeinsame Erinnerungskultur aus einer Vielzahl von dezentralisierten Initiativen entstehen.

2. Eine pluralistische Erinnerungskultur bedarf auch eines gemeinsamen Satzes positiver Werte. Diese existieren bereits in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung.

* Im Dezember 2012 verabschiedet von Vertreter/innen der 31 Mitgliedsnationen der International Holocaust Remembrance Association, die sich damit verpflichtet haben, die Charta beim Umgang mit Gedenkstätten als Handlungsgrundlage zu berücksichtigen. Deutsch von Robin Benson, Übersetzungsdienst Berlin. Veröffentlichung dieser Fassung mit freundlicher Genehmigung von Dr. Kirsten John-Stucke, Kreismuseum Wewelsburg. Die englische Originalfassung der hier erstmals in deutscher Übersetzung publizierten Charta wurde im GedenkstättenRundbrief Nr. 169/2013, 3, S. 3–5, veröffentlicht, abrufbar auch unter http://www.gedenkstaettenforum.de/nc/gedenkstaetten-rundbrief/rundbrief/news/internationale_gedenkstaetten_charta_verabschiedet, dort auch weitere Informationen zum Kontext der Charta.

3. Als Geschichtsmuseen der Gegenwart beschäftigen sich moderne Gedenkstätten vorwiegend mit dem Gedenken an Verbrechen gegen Minderheiten. Aus diesem Grunde tragen Staaten, Regierungen und Gemeinden eine große Verantwortung für Gedenkstätten und sollten deren Sammlungen schützen und ihnen die größtmögliche Unabhängigkeit von politischen Direktiven gewährleisten. Gleichzeitig müssen sich Gedenkstätten fest in der Zivilgesellschaft verankern und sich besonders für die Integration der Minderheiten einsetzen.

4. Moderne Gedenkstätten sind Museen der Zeitgeschichte mit einer besonderen Verpflichtung zur humanitären und staatsbürgerlichen Bildung. Gedenkstätten werden sich nur dann gegen bestimmte politische Interessen und Lobbyisten behaupten können, wenn es ihnen gelingt, qualitative Arbeit, Infrastruktur und personelle Organisation auf eine hohe Stufe zu bringen.

5. Grundsätzliche Entscheidungen in Gedenkstätten bezüglich Inhalt, Erziehung und Gestaltung sollten vor allem auf der Grundlage einer offenen, nicht-hierarchischen, pluralistischen Diskussion mit den Überlebenden, Gelehrten, Erziehern, Lobbyisten und engagierten gesellschaftlichen Gruppen getroffen werden. Die Arbeit der Gedenkstätten hat einen vorwiegend wissenschaftlichen Charakter. Staatliche Institutionen und private Geldgeber müssen dies akzeptieren.

6. Informationen, die in Ausstellungen, Veröffentlichungen und pädagogischen Projekten zu historischen Ereignissen vermittelt werden, sollten Mitgefühl erwecken mit den Opfern, als Individuen und als Gruppen, die als besondere Ziele der Verfolgung ausgewählt waren. Bei der Interpretation sollte ein Gedenken in Form von Rache, Hass und Ressentiment zwischen verschiedenen Opfergruppen vermieden werden.

7. Historische Erfahrungen müssen in historische Zusammenhänge integriert werden, ohne dabei das persönliche Leid von Individuen zu schmälern. Die Integration historischer Ereignisse sollte auf der Grundlage moderner zeitgeschichtlicher Forschung erfolgen und die wissenschaftlichen Prinzipien des Diskurses sowie multiple Perspektiven anerkennen.

8. Die Perspektive der Täter, die das Verbrechen begangen haben, muss angesprochen werden. Die Täter dürfen nicht dämonisiert werden, stattdessen sollten ihre Ideologie, ihre Ziele und ihre Motive zur Erklärung ihrer Taten herangezogen werden. Dazu gehören die institutionelle und gesellschaftliche Ordnung wie auch die jeweiligen Biografien der Täter. Die Fähigkeit, die eigene Perspektive in Frage zu stellen, beinhaltet auch die Einbeziehung der eigenen Verbrechen und der Selbstbilder in die Darstellung des „Anderen". Die große und sehr vielgestaltige Gruppe der Mitläufer sollte auf die gleiche Art und Weise behandelt werden.

9. Gedenkstätten an authentischen historischen Orten, wo Verbrechen begangen wurden, bieten eine immense Gelegenheit für Geschichtserziehung und Gemeinschaftskunde, doch es bestehen auch große Risiken. Deshalb ist es nötig, dass Gedenkstätten ihre Erziehungsarbeit weniger nach einem Übereinkommen hinsichtlich des Inhaltes, sondern mehr nach universellen Prinzipien ausrichten. Diese verlangen, dass Besucher weder überfordert noch indoktriniert werden, dass die subjektive Sicht der Individuen respektiert wird und dass kontroverse Themen auch kontrovers behandelt werden.

10. Gedenkstätten als Museen der Zeitgeschichte üben stets Selbstkritik an der eigenen Geschichte und müssen dies in eine Geschichte der jeweiligen Erinnerungskultur einbetten. In Kenntnis aktueller Denkrichtungen sollten sie ihre Präsentationen nach aktuellen Interpretationen der Vergangenheit richten, sie aber gleichzeitig in den aktuellen geschichtlichen Ereignissen verankern.

Kaltenkirchen: Projekt „Nachkriegsgeschichte"

Uta Körby

Der Umgang mit der Hinterlassenschaft des Nationalsozialismus in der Nachkriegszeit rückt gerade an den historischen Orten immer stärker in den Mittelpunkt eines historisch-kritischen Interesses. Wie haben sich Strukturen erhalten oder verändert, was bedeutet das für das politische Handeln heute?

In Schleswig-Holstein heißt das in vielerlei Hinsicht, sich konkret mit der „zweiten braunen Vergangenheit" auseinanderzusetzen. Für Gedenkstätten bedeutet dies, aus der Gegenwart eine neue Perspektive auf den Nationalsozialismus zu gewinnen.

Der Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen hat einen jungen Historiker gewinnen können, im Rahmen eines Promotionsvorhabens an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel eine Ausstellungskonzeption zu der Thematik „Nachkriegsgeschichte am Beispiel von Kaltenkirchen" zu entwickeln. Thomas Tschirner hat bereits seine Examensarbeit über das „Russenlager" (Krankenrevierlager Stalag X) in Heidkaten geschrieben und konnte dafür Personalkarten aus russischen Archiven auswerten.

Thomas Tschirner vor dem renovierungsbedürftigen kleinen Container der Gedenkstätte, der später die neue Ausstellung zur Nachkriegsgeschichte aufnehmen soll. *Foto: Uta Körby*

Bereits in einem Projektseminar von Dr. Harald Schmid und Hauke Petersen hatte sich eine kleine Gruppe von Studierenden mit einer solchen Perspektive befasst. Dabei ging es um die Einstellung der Bevölkerung und von Politkern gegenüber dem Engagement von Gerhard Hoch ab Mitte der 70er-Jahre, das darauf zielte, die Existenz des ehemaligen KZ-Außenkommandos Kaltenkirchen dem Vergessen und Beschweigen zu entreißen. Sie hatten dafür Eintragungen im Besucherbuch der Gedenkstätte von 2000 bis 2012 mit Zeitungsartikeln aus der Zeit vor der Gründung der Gedenkstätte verglichen (siehe *NEWSLETTER* 2/2012).

Die Dissertation von Thomas Tschirner wird betreut von Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, mitberatend ist Harald Schmid tätig. Finanziert wird seine Arbeit für eine Ausstellungskonzeption durch Projektmittel der Bürgerstiftung, der Sparkassenstiftung und durch Mittel des Trägervereins.

UTA KÖRBY ist Vorstandsmitglied des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen und Vorsitzende des Sprecherrats der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein.

Gräber sowjetischer Kriegsgefangener und Zwangsarbeiter. Ein Datenbankprojekt des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst

Lutz Prieß

Das Deutsch-Russische Museum Berlin-Karlshorst erinnert am historischen Ort der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht am 8. Mai 1945 gemeinsam mit russischen, belorussischen und ukrainischen Partnern an den Vernichtungskrieg des nationalsozialistischen Deutschland gegen die Sowjetunion 1941 bis 1945. Eine seit April 2013 neu eröffnete Dauerausstellung doku-

mentiert diesen Krieg aus der Sicht der deutschen und der sowjetischen Akteure.

Titelbild der Datenbank in der Dauerausstellung des Deutsch-Russischen Museums Berlin-Karlshorst.

Ein Kapitel der Ausstellung erinnert auch an die rund 760.000 sowjetischen Soldaten, Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die in Deutschland begraben sind. Vielen Besuchern sind die Orte dieser Kriegsgräber unbekannt. Das Museum dokumentiert die Standorte von Gräbern und Ehrenmalen der sowjetischen Kriegsopfer in Deutschland in einer Datenbank. Darüber hinaus sollen jedoch auch weitere verfügbare Daten erfasst werden. Hierbei handelt es sich neben dem Status der Bestatteten (zum Beispiel Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter, gefallene Armeeangehörige) unter anderem um die Anzahl der Opfer auf der jeweiligen Anlage und weitere Details zu dem entsprechenden Standort. Die Angaben in der Datenbank werden, wenn vorhanden, mit ein bis drei Fotos illustriert. Wir arbeiten mit dem „Büro für Kriegsgräbervorsorge und Gedenkarbeit" der Botschaft der Russischen Föderation in der Bundesrepublik Deutschland und weiteren Partnern zusammen. Die Recherche zu Gräbern sowjetischer Zwangsarbeiter in Deutschland wird von der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft" gefördert.

Die Dokumentation soll, basierend auf bereits vorliegenden lokalen und regionalen Erkenntnissen, den Grundstein für eine Gesamtübersicht der bundesweit vorhandenen Grabstätten sowjetischer Kriegsopfer des Zweiten Weltkrieges bilden. Damit soll allen Interessenten für dieses Thema ein erster Zugang mit grundlegenden Informationen geboten und bei der Suche nach entsprechenden Standorten Unterstützung geleistet werden.

Auch in Schleswig-Holstein gibt es zahlreiche Friedhöfe mit Gräbern ausländischer Opfer von Zwangsarbeit und Kriegsgefangenschaft. Die von Ulrike Puvogel und Martin Stankowski erstellte, 1995 bei der Bundeszentrale für Politische Bildung publizierte Dokumentation *Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus (Bd. I)* nennt sechzig Orte und Friedhöfe, wo es Gräberstätten für sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter gibt.

Die Datenbank im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst enthält für das Bundesland Schleswig-Holstein nach uns vorliegenden (und unvollständigen) Unterlagen bisher 121 Orte mit Gräberstätten für sowjetische Opfer des Zweiten Weltkrieges. In 20 Orten gibt es mehr als einen Friedhof mit sowjetischen Kriegsgräbern, sodass wir in der Addition der Friedhöfe gegenwärtig von 141 Gräberorten in Schleswig-Holstein Kenntnis haben. Darüber hinaus wurden auch Gräber für russische Kriegsgefangene des Ersten Weltkrieges in 39 Orten registriert.

Büdelsdorf, evangelischer Friedhof: Grabstätte für 29 sowjetische Zwangsarbeiter.
Foto: Lutz Prieß, 2013

Es gibt wenige Kriegsgräberstätten, wie zum Beispiel am Ehrenfriedhof „Karberg" am Haddebyer Noor, an denen es Informationstafeln gibt. In Gudendorf hält eine Gedenk-

stätte das Gedenken an die ermordeten sowjetischen Kriegsgefangenen wach. Dort sollen mindestens 2.712 sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter beerdigt sein. In Büdelsdorf erhielt die vorhandene Gräberstätte mit einem in russischer Sprache verfassten Gedenkstein im Mai 2005 eine Gedenktafel für die Opfer der NS-Zwangsarbeit.

Esgrus, evangelischer Friedhof: Grab für Iwan Borissow. *Foto: Lutz Prieß, 2013*

An anderen Orten wie in Esgrus wird das Grab eines sowjetischen Kriegstoten in Ehren gehalten. Wer der aus dem Dorf Kiwerowo (Russland) gebürtige Iwan Borissow war, ob er Kriegsgefangener oder ziviler Zwangsarbeiter war und was die Ursache seines Todes war, ist uns unbekannt. Auf anderen Friedhöfen, auf denen sowjetische Kriegstote beerdigt sein sollen, sind deren Gräber schwer oder gar nicht auffindbar. So blieb die Suche des Autors nach zwei sowjetischen Kriegsgräbern bei einem spontanen Besuch auf dem Friedhof in Böel im ersten Versuch ergebnislos.

Die Erkundung von sowjetischen Gräbern auf den jeweiligen Friedhöfen gestaltet sich für Besucher oftmals schwierig. Nicht auf allen Friedhöfen gibt es einen Lageplan und selten sind die Gräber der ausländischen Kriegstoten darin vermerkt. Oftmals sind aber auch deren Grabtafeln infolge von Witterungsschäden und Pflanzenwuchs und somit die Identität der ausländischen Kriegsopfer nicht mehr erkennbar. Das Wissen über die Existenz dieser Gräberstätten ist vor allem für Angehörige von sowjetischen Kriegsopfern von besonderem Wert, weil sie oft erst nach Jahrzehnten über den Ort der letzten Ruhestätte Kenntnis erhalten haben oder diese erst seit der jüngsten Vergangenheit besuchen können. Die meistgestellte Frage von Kriegsveteranen und Angehörigen im heutigen Russland und den Nachfolgstaaten der Sowjetunion ist die, ob die Grabstätten ihrer Landsleute noch vorhanden sind und ob diese gepflegt werden. Es gibt aber auch aufgelassene und eingeebnete Kriegsgräberstätten, vor allem osteuropäischer Zwangsarbeiter und deren Kinder. Ob das auch in Schleswig-Holstein der Fall ist, entzieht sich unserer bisherigen Kenntnis. Wenn die Gräber am ursprünglichen Ort des Begräbnisses nicht mehr vorhanden sind, können sie aber auch im Verlauf der letzten Jahrzehnte umgebettet worden sein. Informationen über aufgelassene oder umgebettete sowjetische Kriegsgräber sind heute nahezu unbekannt. In der Datenbank der sowjetischen Kriegsgräberstätten sollen auch diese Informationen aufgenommen werden.

Karby, evangelischer Friedhof: Gräber für russische Kriegsgefangene des Ersten Weltkriegs. *Foto: Lutz Prieß, 2013*

Für die Ergänzung und Aktualisierung der Datenbank bitten wir um Mithilfe bei der Ermittlung von Angaben über Gräber, Denkmäler und Gedenktafeln in Schleswig-Holstein von:

- sowjetischen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkriegs
- sowjetischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sowie deren Kindern
- sowjetischen Opfern des nationalsozialistischen Terrors (unter anderem KZ, Gestapo-Haft)
- und russischen Kriegsgefangenen des Ersten Weltkrieges.

Wir sind Ihnen sehr dankbar, wenn Sie uns weitere Informationen übermitteln, Literaturhinweise geben und auch historische sowie aktuelle Fotos der Ihnen bekannten sowjetischen Gräberstätten zur Verfügung stellen könnten.

Für entsprechende Hinweise sowie für Fragen oder Anmerkungen stehen wir Ihnen gern unter folgender E-Mail-Adresse zur Verfügung: memoriale@museum-karlshorst.de.

DR. LUTZ PRIESS ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Sowjetische Memoriale" im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst.

BERICHTE UND INFORMATIONEN

DOKUMENTATION:

Ergebnisprotokoll des 2. Runden Tisches zur Zukunft der Gedenkstättenlandschaft und Erinnerungsarbeit in Schleswig-Holstein am 22. April 2013*

Begrüßung

Frau Ministerin Spoorendonk begrüßte die Anwesenden zum 2. Runden Tisch Gedenkstätten. Nach der Verständigung vom Herbst 2012 auf die parallele Stellung der Anträge Ladelund und Neulandhalle auf Förderung aus Bundesmitteln seien wichtige Zwischenschritte erreicht worden. Ministerin Spoorendonk dankte den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, bestehend aus Prof. Dr. Gerhard Fouquet, Prof. Dr. Uwe Danker, Propst Dr. Andreas Crystall, Wolfgang Pittkowski, Frau Uta Körby, Dr. Jörn-Peter Leppien, Dr. Harald Schmid und TeilnehmerInnen des MJKE für die Erarbeitung des Entwurfs des Eckpunktepapiers, das Grundlage für die Erarbeitung einer landesweiten gemeinsamen zukunftsfähigen Konzeption für die Gedenk- und Erinnerungsarbeit sein soll.

Vorstellung des Eckpunktepapiers

Herr Staatssekretär Schmidt-Elsaeßer dankte der Arbeitsgruppe für die Erarbeitung des Eckpunktepapiers und erläuterte Beweggründe, Inhalte des Stufenmodells und Sachstände der Anträge auf Bundesmittel für Ladelund und Neulandhalle.

Am 2. Runden Tisch im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa nahmen etwa 45 Vertreter/innen verschiedener Organisationen und Einrichtungen teil. *Fotos: Jens Rönnau*

Ergebnisse der Diskussion

- Die aktuelle politische Entwicklung und die Einbindung der im Gedenkstättenbereich Aktiven in die Erarbeitung eines Landesgedenkstättenkonzeptes wird allgemein begrüßt.
- Das vorgelegte Eckpunktepapier stellt noch kein fertiges Konzept dar, sondern bildet die Diskussionsgrundlage für einen offenen Diskurs zur gemeinsamen Erarbeitung einer Landeskonzeption für alle Gedenkstätten im Land und zukünftige Generationen. Grundlage soll eine Vision der in zwanzig Jahren zu pflegenden Erinnerungskultur sein (Agenda 2030).

* Protokoll: Kerstin Graw, Ministerium für Justiz, Kultur und Europa des Landes Schleswig-Holstein.

- Dabei geht es nicht um eine „symbolische Verpflichtung" gegenüber der Opferseite, sondern um eine reale „Verpflichtung". Eine Zukunftsperspektive wird für diese Legislaturperiode eingefordert.
- Die Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein steht mit dem durch Generationswechsel bedingten Wegbrechen ehrenamtlicher Kräfte und eine zunehmend multiethnische Gesellschaft vor einem Strukturwandel. Von Akteuren im Gedenkstättenbereich wird eine Professionalisierung durch fest eingestelltes Personal zur Wahrnehmung von Kernaufgaben (positives Beispiel Ladelund mit einer hauptamtlichen Stelle seit 1995) und eine Sicherung der Arbeit durch Lehrerpoolstunden gewünscht. Die in der Tischvorlage [Thesenpapier der LAGSH] beispielhaft genannte Ansatz von drei 450-Euro-Kräften wird als zu gering angesehen. Über die Lehrerpoolstunden ist das MJKE mit dem MBW im Gespräch. Zeitzeugen der 2. Generation könnten als ehrenamtliche Mitarbeiter zunehmend angesprochen werden. Die Gedenkstättenarbeit – auch der Neulandhalle – sollte weiterhin „von unten nach oben" getragen werden.
- Die gewachsenen ehrenamtlichen Strukturen sind Stützen, die gefördert werden sollen. Weitere Gedenk- und Erinnerungsorte, die auch bisher nicht im Fokus stehende Themen (z.B. Euthanasie, Justiz) der schleswig-holsteinischen Geschichte beleuchten, sollen hinzukommen. Die Aufarbeitung von Geschichte in Landesausstellungen ist angedacht.
- Die Schleswig-holsteinische Gedenkstättenlandschaft soll sich nach dem vorgeschlagenen Stufenmodell zu einem Netzwerk mit Zentrum mit zentraler wissenschaftlicher Unterstützung für den optimalen Einsatz knapper Ressourcen z.B. durch gemeinsame Konzepte oder gemeinsame Schulungen der Akteure entwickeln. Der Sitz des Zentrums könnte in Rendsburg angesiedelt werden.
- Die vorgelegten Eckpunkte bieten die Grundlage für die Konkretisierung der einzelnen Stufen im weiteren Diskussionsprozess. Für die dezentralen Gedenkeinrichtungen sind Kontaktpersonen zu potenziell unterstützenden Einrichtungen wie Kirchen, Land, Wissenschaft von großer Wichtigkeit.
- Die rechtlichen Möglichkeiten zur Ertüchtigung der BGSH als Trägerstiftung Schleswig-Holsteinischer Gedenkstätten und Erinnerungsorte werden kontrovers diskutiert. Die Trägerstiftung ist einerseits für das Konzept des historischen Lernortes Neulandhalle erforderlich und soll andererseits ein Angebot an die Gedenkstätten darstellen, über dessen Annahme individuell entschieden werden kann. Bestehenden Befürchtungen zu Parallelstrukturen oder unzureichender Vertretung kann so ggf. begegnet werden. Es wird dabei weiterhin sichergestellt, dass weitere wichtige Gedenkstätten des Landes wie Husum-Schwesing in das Gesamtkonzept der zukünftigen Gedenkstättenarbeit Aufnahme finden und ihrer Bedeutung angemessen unterstützt werden können.
- Die bessere Wahrnehmung Kiels in der Gedenkstättenlandschaft ist wünschenswert. Ein Gesamtkonzept für die Gedenkstätten- und Erinnerungsarbeit gibt es in Kiel bisher nicht. Kritisch wird gesehen, dass der historische Lernort Neulandhalle im Vorfeld der Antragstellung nicht öffentlich zur Diskussion stand.
- Eine Entscheidung für die Neulandhalle bedeutet keine Schmälerung des Budgets für andere Gedenkstät-

ten und Erinnerungsorte, da die Mittel nicht für andere Zwecke einsetzbar sind. Die Antragstellungen Neulandhalle und Ladelund sollen als zentrale Startpunkte den Gedenkstätten und Erinnerungsorten im Land Rückenwind verschaffen. Die Anerkennung der Projekte durch eine Bundesförderung gibt der Gedenkstättenthematik auch auf landespolitischer Ebene ein stärkeres Gewicht. Ein positiver Effekt für die gesamte Gedenkstättenarbeit wird erwartet.

- Ein Plan B für den Fall einer Ablehnung der Anträge existiert derzeit nicht. Die Signale für die Chancen des bereits vorliegenden Antragsentwurfes Neulandhalle sind bislang positiv. Die im letzten Punkt des Eckpunktepapiers prognostizierten Kosten stellen eine erste Schätzung dar. Die bei positiver Antragstellung entstehenden laufenden Kosten für die Neulandhalle sollen nicht zu Lasten der bestehenden Gedenkstätten gehen. Es bestehen im Kreis der Gedenkstättenakteure Befürchtungen, dass die finanzpolitische Realität hier die Absicht einholt.
- Die Kreistagsbeschlüsse des Kreises Nordfriesland zur Gedenkstätte Husum-Schwesing sollen in geeigneter Weise im Antrag Ladelund berücksichtigt werden.

Zusammenfassung und weiteres Vorgehen

Frau Ministerin Spoorendonk fasste als wichtigste Punkte zusammen:

- Das zukünftige Konzept und die Arbeit daran eint die schleswig-holsteinische Gedenkstättenlandschaft.
- Die Professionalisierung der Gedenkstättenarbeit muss weiter vorangetrieben werden.
- Ziel ist eine gemeinsame Stärkung der Gedenkstättenarbeit.

Dazu gab sie folgenden Ausblick auf das weitere Vorgehen:

- Die protokollierten Fragen werden in den Prozess eingebracht und die Eckpunkte daraufhin überarbeitet.
- Die Anträge Neulandhalle und Ladelund werden weiter vorangetrieben.
- An der Trägerstruktur wird weiter gearbeitet. Dabei wird die BGSH als wichtiger Partner gesehen.
- Die Arbeitsgruppe besteht weiter und setzt ihre Arbeit in möglicherweise wechselnder Besetzung und unter Anhörung unterschiedlicher TeilnehmerInnen des Runden Tisches fort.
- Es sollen Gespräche zur Berücksichtigung der Gedenkstätte Husum-Schwesing geführt werden.
- Es sollen Gespräche mit der Stadt Kiel im Hinblick auf ein dort zu entwickelndes Konzept für Kiel geführt werden.
- Die Landesregierung steht in der Notwendigkeit, sich mit einem Konzept zu positionieren, das im weiteren Diskussionsprozess erarbeitet wird und später dem Landtag vorgelegt werden soll.
- Es wird weiterhin über den Fortgang des Prozesses berichtet. Ein 3. Runder Tisch wird für Herbst 2013 geplant.

DOKUMENTATION:

Eckpunkte eines Landeskonzepts zur Entwicklung der Gedenkstätten und Lernorte in Schleswig-Holstein*

A. Problemstellung und Ausgangsbedingungen

In Schleswig-Holstein gibt es eine Vielzahl sehr unterschiedlicher Initiativen im Bereich der Erinnerungsarbeit. Bislang fehlt es an einer landesweiten gemeinsamen Konzeption, die sowohl inhaltlich als auch strukturell auf die aktuellen Entwicklungen Bezug nimmt und die Gedenkstätten und Erinnerungsorte insgesamt zukunftsfähig macht. Diese Zukunftsfähigkeit wird sich daran bemessen müssen, welchen Beitrag die Erinnerungsarbeit zur Entwicklung unserer demokratischen Gesellschaft zu leisten in der Lage ist. Wie kann das „Nie wieder!" auch jüngeren Generationen noch Leitfaden und Handlungsmaxime sein?

Diese Eckpunkte dienen als Grundlage, auf der eine solche Konzeption erstellt und umgesetzt werden kann. Die hier entwickelte politische Vision soll breit diskutiert werden und steht selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Möglichkeiten des Landeshaushalts.

1. Der strukturelle Umbruch im Feld der öffentlichen, auf das „Dritte Reich" bezogenen Erinnerungskultur ist vor allem durch einen Generationenwechsel bestimmt:

- „Verstummen" der Zeitzeugen
- fehlender Nachwuchs in den ehrenamtlichen Strukturen
- junge Generation ohne persönlichen Zugang zum Thema (3. bzw. 4. Nachkriegsgeneration, Einwanderung und multiethnische Gesellschaft)
- zusätzlicher Schwerpunkt „zweite Geschichte", Umgang mit der NS-Zeit seit 1945
- n (fach-)didaktische Konzepte und neue mediale Ansprüche an die Vermittlung.

2. Um dieser Entwicklung gerecht zu werden, strebt die Landesregierung gemeinsam mit den Trägern und Akteuren der Gedenkstätten und Erinnerungsorte inhaltlich und strukturell Veränderungen an.

Neben die symbolische Verpflichtung gegenüber den Opfern des NS-Regimes und die Auseinandersetzung mit Schuld und Verantwortung, die bislang im Mittelpunkt der Arbeit standen, tritt mit zunehmender Bedeutung die Aufklärung über gesellschaftliche und individuelle Bedingungen von Herrschaft und Verbrechen in den Fokus der Vermittlungsarbeit. Die neuen Schülergenerationen, die die Einrichtungen besuchen werden, haben keinen eigenen biographischen Zugang zu diesem Teil der deutschen Geschichte. Dadurch wird ein deutlich erweitertes Spektrum der Vermittlungsarbeit erforderlich:

- Gedenken und Erinnern an die Opfer des Nationalsozialismus
- Vermittlung der gesellschaftlichen Bedingungen der NS-Herrschaft (institutionalisierte Gewalt, Verfolgung und Rechtlosigkeit; exkludierende und inkludierende „Volksgemeinschaft"; NS-Rassenideologie)
- Vermittlung der weitgehend verloren gegangenen Teile der deutschen Kultur, die durch den Nationalsozialismus aus dem deutschen Alltag entfernt wurden (vor allem Geschichte der Juden in Deutschland)
- Vermittlung der Vorbedingungen und der Nachgeschichte der NS-Herrschaft (Militärgeschichte, gesellschaftliche Entwicklung in Kaiserreich, Weimarer Zeit und im Nachkriegsdeutschland).

* Aufbauend auf den schriftlichen Vorarbeiten von Dr. Harald Schmid und der diesbezüglichen Diskussion in der Arbeitsgruppe zur Zukunft der Gedenkstättenlandschaft und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein. Vorlage zum 2. Runden Tisch am 22. April 2013.

Den materiellen Kern der Erinnerungskultur bilden historisch-authentische Orte als zentrale Stätten der Aufklärungs- und Vermittlungsarbeit. Zunehmend treten neben traditionelle Gedenkstätten auch authentische Orte, an denen sich die Ambitionen der NS-Herrschaft manifestierten.

3. Die Entscheidung über die künftige Entwicklung der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten und Erinnerungsorte muss die oben genannten Punkte ebenso wie die spezifischen regionalen Voraussetzungen berücksichtigen. Letztere lassen sich so umreißen:

- dezentrale „Landschaft" peripher gelegener kleiner, bisher meist durch bürgerschaftliches Engagement initiierter und betriebener Einrichtungen mit wenigen authentischen Relikten
- unterschiedliche Trägerschaft (Trägervereine, Kommunen, Kirche)
- im Bundesvergleich größtenteils unterdurchschnittliche finanzielle Ausstattung, unterschiedliche Bildungsangebote und Professionalisierungsstandards, überwiegend ehrenamtliche Arbeit (Hauptamtlichkeit als Ausnahme)
- wichtiges Standbein der Landeskonzeption befindet sich noch im Planungsstadium (Projekt Neulandhalle).

B. Umrisse einer Agenda 2030

4. Auf dieser Grundlage lassen sich Aussagen über Entwicklungsziele der nächsten 20 Jahre treffen. Dabei steht im Vordergrund, die Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit im Land zu sichern, sie an aktuelle Herausforderungen anzupassen und perspektivisch weiterzuentwickeln.

Konkret geht es

- inhaltlich um die Bestimmung der Themen, die zukünftigen Generationen vermittelt werden sollen und damit die Einigung auf Kriterien der Förderung (An was wollen wir erinnern?)
- strukturell um die Professionalisierung der für die genannten Ziele arbeitenden Einrichtungen und eine Festlegung darauf, an welchen authentischen Orten in Schleswig-Holstein diese Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit erfolgen kann und sollte
- institutionell um den Aufbau von Strukturen, die eine Professionalisierung ermöglichen und insgesamt zu einer effektiveren Zusammenarbeit führen
- finanziell um die Verständigung über die Höhe der langfristigen Finanzierung durch das Land, Kommunen, Kirchen, und Träger
- insgesamt um die Weiterentwicklung der landesweiten Erinnerungsarbeit mit gemeinsamen Zielen und Schwerpunkten.

Die gewachsenen ehrenamtlichen Strukturen bleiben auch zukünftig wichtige Stützen der Erinnerungsarbeit, sie zu unterstützen und zu fördern ist vorrangige Aufgabe der nächsten Jahre.

C. Ein Stufenmodell

5. Das „Netzwerk mit Zentrum" wird bis 2030 schrittweise aufgebaut.

In *Stufe 1* werden 2013/14

- eine Landeskonzeption entwickelt
- im September 2013 die Anträge für Projektfördermittel des Bundes für die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund (unter Berücksichtigung der KZ-Gedenkstätte Husum/Schwesing) und für das Projekt „Historischer Lernort Neulandhalle" eingereicht (für diese Anträge gilt es eine Kofinanzierung aus dem Land sicherzustellen, daher stehen sie noch unter Finanzierungsvorbehalt)
- ein neues integratives Trägerschaftsmodell etabliert. Aufgrund der

bereits bestehenden Strukturen ist die Weiterentwicklung der BGSH zu einer Trägerplattform nach dem Vorbild anderer Bundesländer zu favorisieren
- die institutionelle Finanzierung des Projektes „Historischer Lernort Neulandhalle" sichergestellt.

In der *zweiten Stufe* werden 2014–2018
- die Projekte in Ladelund und im Dieksanderkoog im Falle der Bewilligung umgesetzt
- eine hauptamtlich besetzte organisatorische Trägerplattform mit Steuerungsfunktion für die Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein aufgebaut, deren Aufgaben zum Beispiel sein werden:
    - Unterstützung der angeschlossenen Orte in organisatorischen und inhaltlichen Fragen (Dauerausstellungen, didaktische und wissenschaftliche Modernisierung, Hilfe bei der Beantragung von Fördermitteln)
    - Organisation der übergeordneten Struktur (inhaltliche wie organisatorische Arbeit für alle angeschlossenen Einrichtungen, Wanderausstellungen, übergreifende – z.B. virtuelle – Projekte).

In *Phase 3* können ab etwa 2018 ausgewählte Einrichtungen schrittweise in die Trägerplattform mit Steuerungsfunktion integriert werden. Hier ist fallweise die Entscheidung über jeweilige Hauptamtlichkeit vor Ort zu treffen; zudem werden weitere Projektförderungen mit Bundesbeteiligung verfolgt. Die in einer Landeskonzeption formulierten Ziele der inhaltlichen Arbeit sind Grundlage für weitere mögliche Projekte und die Aufnahme neuer Orte in die Landeskonzeption. Über Förderrichtlinien oder Zielvereinbarungen, werden diese Ziele mit dem Land festgehalten und umgesetzt. Zu diesem Zeitpunkt wird überprüft, welche Ergänzungen nötig sind, um diese inhaltlichen Ziele zu erreichen.

In der *vierten Phase* ab zirka 2025 soll das aufgebaute und arbeitsfähige „Netzwerk mit Zentrum" die bis dahin modernisierte und professionalisierte Landschaft schleswig-holsteinischer Gedenkstätten und Erinnerungsorte konsolidieren.

D. Kosten und Finanzierung

6. Die Kosten für die Neustrukturierung und Weiterentwicklung der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten werden über eine Mehrebenenfinanzierung getragen: Mittel des Bundes, des Landes und der BGSH, aus dem laufenden Fundraising-Projekt „ProGedenkstätten" sowie EU-Mittel sind hierfür planerische Grundlage, ggf. ergänzt durch Mittel von Kommunen, Kirchen und Trägervereinen.

7. Unter Vorbehalt der Möglichkeiten öffentlicher Haushalte, anderer Finanzierungsmöglichkeiten und weiterer konzeptioneller Differenzierungen sind für die aufzubauende zentrale Einrichtung zur Betreuung der Gedenkstätten und historischen Lernorte laufende Personalkosten von zirka 256.000–300.000 Euro/Jahr zu erwarten.

DOKUMENTATION:

Thesen der LAGSH zur Entwicklung der Arbeit von Gedenkstätten und Erinnerungsorten in Schleswig-Holstein*

„Gedenkstätten sind von existenzieller Bedeutung für unsere Gesellschaft."
Dr. Thomas Lutz, „Topographie des Terrors", Berlin

Vorbemerkung

Im Gegensatz zu den großen musealen Gedenkstätten, insbesondere im Osten Deutschlands, sind die kleinen Gedenkstätten in Schleswig-Holstein überwiegend aus dem gesellschaftspolitischen Engagement von Bürgern heraus entstanden – quasi „von unten", nicht „von oben" aus politischen Gründen eingerichtet. Deshalb ist der reflexive Anteil der Arbeit an den Gedenkorten besonders hoch und ein wichtiger Faktor in der demokratischen Meinungsbildung im Land.

Die Initiativen haben sich rund um Orte in Schleswig-Holstein gebildet, die Schauplatz von Verbrechen des Nationalsozialismus waren, Orte, an denen exemplarisch gezeigt werden kann, dass sich die Aktionen totalitärer Herrschaft nicht nur im fernen Berlin oder Nürnberg oder außerhalb Deutschlands („im Osten") vollzogen, sondern in jedem kleinen Dorf, in jeder Stadt – auch dort, wo die Eltern, Großeltern und Urgroßeltern lebten. Das macht die kleinen dezentralen Gedenkstätten zu authentischen Erfahrungsorten mit Anknüpfungspunkten zum eigenen Erleben und zur Reflexion über die „Geschichte vor Ort". Es ist die Erkenntnis, dass das Unrecht, die Ausgrenzung und die Verbrechen vor der eigenen Haustür und vor aller Augen stattgefunden haben.

Zudem sind diese Stätten, als heutige Orte des außerschulischen Lernens, räumlich leichter erreichbar für Schulklassen, kirchliche und andere Jugendgruppen sowie weitere Besucher aus der Region als die großen nationalen Gedenkstätten, die sich in anderen Bundesländern oder im Ausland befinden.

Anmerkungen zum Ist-Zustand

Die Initiativen vor Ort sind getragen von dem Bewusstsein, dass Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Andersdenkenden, Andersgläubigen, Kranken und Menschen anderer sexueller Orientierung und Nationalitäten sich nie wiederholen dürfen. Um das zu verhindern, müssen die Verbrechen klar benannt und analysiert werden. Wie konnte es geschehen, dass sich so viele Menschen beteiligten, dass sie jubelnd oder auch stillschweigend zusahen, dass nur wenige den Widerstand wagten? Aus einer so fundierten Analyse heraus lassen sich auch die rechtsradikalen, rassistischen Strömungen in der heutigen Gesellschaft besser erkennen und bekämpfen.

Abgesehen von der einzigen hauptamtlich besetzten KZ-Gedenkstätte in Ladelund, die sich in kirchlicher Trägerschaft befindet, werden die Gedenkstätten in Schleswig-Holstein überwiegend durch die Arbeit von Ehrenamtlichen getragen. Seit langem wird daher von Gedenkstättenseite die Forderung nach Unterstützung durch abgeordnete Lehrkräfte erhoben, wie dies in einigen anderen Bundesländern erfolgreich praktiziert wird. In Kaltenkirchen gibt es immerhin für das laufende Schuljahr 2012/2013 sechs „Lehrer-Pool-Stunden", die für die Zusammenarbeit mit den Schulen zur Verfügung stehen. In den letzten Jahren gab es teilweise eine finanzielle, projektbezogene Unterstützung durch die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, deren Mittel allerdings äußerst begrenzt sind. Die personelle Notlage der Gedenkstätten ist damit jedoch bei weitem nicht behoben.

Der Wechsel in der ehrenamtlichen Leitung stellt häufig die Existenz von Einrichtungen

* Vom Sprecherrat der LAGSH zum 2. Runden Tisch am 22. April 2013 vorgelegt.

in Frage, wenn sich niemand findet, um die ehrenamtliche Arbeit weiterzuführen. Es kann nicht selbstverständlich davon ausgegangen werden, dass sich immer Menschen finden, die bereit und in der Lage sind, eine so wichtige gesellschaftliche Aufgabe neben Beruf und Familie zu übernehmen. Daher ist es für die ehrenamtlich betriebenen Gedenkstätten schwierig, jüngere Menschen an sich zu binden. Sie laufen zudem Gefahr, in Darstellung und Vermittlung den Anschluss an den aktuellen Forschungs- und Diskussionsstand zu verlieren. Um die Kontinuität und die Professionalisierung der etablierten Gedenkstättenarbeit zu gewährleisten, muss das Ehrenamt unbedingt durch hauptamtliche Arbeit ergänzt und gesichert werden.

Forderungen der Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein

Die in der LAG Schleswig-Holstein zusammengeschlossenen Gedenkstätten und Erinnerungsorte fordern deshalb, die bislang nur durch das ehrenamtliche Engagement aufrecht erhaltenen Einrichtungen institutionell zu unterstützen und ihnen durch das Hauptamt eine Perspektive für eine professionelle Entwicklung zu ermöglichen:

- Die bislang ehrenamtlich arbeitenden Gedenkstätten und Erinnerungsorte sollten zunächst in einem ersten Schritt durch *10 Lehrer-Pool-Stunden* pro Einrichtung für die Zusammenarbeit mit Schulen und anderen Ausbildungsstätten gestützt werden.
- Eine *hauptamtliche Leitung* von einer halben Stelle pro aktiver Einrichtung sollte angestrebt werden. Damit soll die vielschichtige Vernetzung vor Ort, mit Kommunen, Kreisen, Kirchengemeinden und anderen Einrichtungen auf eine dauerhafte Grundlage gestellt werden.
- Die Zugänglichkeit der aktiv Erinnerungsarbeit leistenden Gedenkstätten und Erinnerungsorte sollte durch *feste Öffnungszeiten* von 30 Stunden in der Woche gewährleistet werden.
- Die *Pflege des Geländes* muss je nach Gegebenheit vor Ort gesichert werden. Derartige Aufgaben könnten z.B. durch Mitarbeiter eines kommunalen Bauhofes ausgeführt werden.
- Für alle über den täglichen Betrieb der einzelnen Gedenkstätten hinausgehenden Bereiche sollte eine angemessen ausgestattete, *zentrale wissenschaftliche Mitarbeiterstelle* geschaffen werden. Gedacht ist hierbei – neben der Vernetzung der einzelnen Gedenk- und Erinnerungsorte - an die Neukonzeption von bestehenden Dauerausstellungen, die Erarbeitung von Wanderausstellungen zu wechselnden Themenfeldern sowie die Beratung bei Forschung und Archivierungsaufgaben.

Stellungnahme zu dem Antragsvorhaben „Neulandhalle"

Die LAGSH begrüßt es, dass mit dem Projekt eines „Historischen Lernortes Neulandhalle" im Dieksanderkoog auch ein ‚Täterort' in den Focus der kritischen Aufarbeitung genommen wird, um sich mit der Anziehungskraft des Nationalsozialismus auf große Bevölkerungsschichten auseinanderzusetzen.

Allerdings hegen wir große Bedenken, weil wir fürchten, dass dort langfristig so hohe finanzielle Mittel des Landes gebunden werden, dass sie eine institutionelle Förderung der etablierten, dezentralen Gedenkstätten illusorisch machen. Insofern hat die LAGSH erfreut zur Kenntnis genommen, dass Ministerin Anke Spoorendonk auf der jüngsten Landesgedenkstättenkonferenz in Malente klargestellt hat, dass sie die Neulandhalle nicht zu einem zentralen Erinnerungsort entwickeln möchte.

Gleichwohl nährt allein die enorme Höhe der veranschlagten Kosten für das Projekt Neulandhalle die Befürchtung, dass an einem völlig peripher gelegenen Ort *de facto* eine Einrichtung mit zentralem Anspruch für ganz Schleswig-Holstein entsteht. Dies wäre eine

Entwicklung, die zu Lasten der verschiedenen bestehenden Gedenk- und Erinnerungsorte ginge, die in ihrer Vielfalt für verschiedene thematische Aspekte in der kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte und Ideologie des Nationalsozialismus stehen.

Wir sind zudem der Meinung, dass ein legitimierender öffentlichen Diskurs noch aussteht, ob und wie an einem prominenten kultischen Ort der NS-Täter ein Museum geschaffen werden kann, das nicht Gefahr läuft, unter der Hand zu einem Pilgerort Ewiggestriger zu werden. Für diejenigen, die sich jahrzehntelang ehrenamtlich – ohne nennenswerte finanzielle Unterstützung seitens des Landes – für den Aufbau und Betrieb von Opfergedenkstätten eingesetzt haben, ist es schwer nachvollziehbar, warum derartig hohe finanzielle Mittel in die museale Ausgestaltung eines Täter-Ortes fließen sollen, noch dazu, wenn es sich dabei um das einzige voll finanzierte Landesprojekt handelt.

Die LAG Schleswig-Holstein fordert deshalb eine umfassende öffentliche Diskussion, die über die politischen Entscheidungsgremien hinausgeht, bevor es zu einem weiteren Vorantreiben des Projekts Neulandhalle kommt.

Die LAGSH nimmt voller Anerkennung wahr, dass die neue Landesregierung, insbesondere Ministerin Anke Spoorendonk, den Willen hat, neue geschichtspolitische Rahmenbedingungen für Gedenkstätten und Erinnerungsorte zu schaffen, wie sie in Schleswig-Holstein noch nie gegeben waren. Wir bauen daher darauf, dass die Landesregierung die berechtigten Anliegen der bestehenden, aber bislang nicht oder nur geringfügig mit Landesmitteln geförderten Gedenkstätten und Erinnerungsorte wahrnimmt und die Notwendigkeit anerkennt, hier nicht erst mittel- oder langfristig Abhilfe zu schaffen.

Wenn der Anspruch, ein *Landesgedenkstättenkonzept* entwickeln zu wollen, ernst genommen wird, dann muss ein regional verankertes und überregional vernetztes Gedenkstättenkonzept für ganz Schleswig-Holstein erarbeitet werden, das die institutionelle Grundsicherung aller aktiven Einrichtungen gewährleistet und Perspektiven für die Professionalisierung eröffnet. Für die Unterstützung des Ehrenamtes durch das Hauptamt müssen konkrete Pläne vor Ort erarbeitet und dabei ein zeitlich verbindlicher Rahmen für alle bestehenden, aktiv arbeitenden Gedenk- und Erinnerungsorte benannt werden.

Ladelund: Tag des Gedenkens und der Rückschau*

Ulrich Jeß

Es waren drei bedeutsame Ereignisse für die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte: Zum einen fand die Jahresversammlung des Freundeskreises dieser einzigen kirchlich getragenen Einrichtung ihrer Art statt. Zum anderen endete die vom 1. Juni bis zum 31. August im Dokumentenhaus der Gedenkstätte präsentierte Sonderausstellung „Christenkreuz und Hakenkreuz – Kirchenbau und sakrale Kunst im Nationalsozialismus". Schließlich gedachten die Kirchengemeinde und zahlreiche auswärtigen Gäste im Rahmen einer Andacht in der St. Petri-Kirche des letzten Überlebenden der Außenstelle Ladelund des KZ Neuengamme, Jannes Priem, der am 22. August verstorben war. Jannes Priem war – in Anwesenheit auch einer großen Gruppe Ladelunder Einwohner – in seinem Heimatort Schoonhoven (bei Putten) in den Niederlanden beigesetzt worden.

In dem Gedenkgottesdienst zu Ehren von Jannes Priem würdigten Evert de Graaf, einst Vorsitzender der Puttener „Stichting Oktober 44", und Michel Kooij, ein persönlicher Freund des Verstorbenen, dessen Leben und Leiden sowie seine Mitwirkung an

* Erstmals erschienen im Nordfriesland-Tageblatt, 2.9.2013. Zweitveröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlages.

der „Versöhnung über den Gräbern". Die Sprecherin des Freundeskreises, Dr. Hannegreth Grundmann, verlas einen von viel Respekt zeugenden Nachruf, verfasst von Harald Richter, ihrem Vater, einem Pionier der Versöhnungsarbeit in Ladelund und Putten.

Die jetzt beendete Sonderausstellung befasste sich mit der baulichen Hinterlassenschaft der Nazi-Zeit im kirchlichen Bereich und warf die Frage auf, wie mit dieser Architektur umzugehen sei, die das antisemitische, dem nordisch geprägten Ariertum huldigende Gedankengut als Zeichen jener Unzeit – teils versteckt, zumeist jedoch ganz offen – widerspiegelt. Die Ausstellung, die innerhalb von drei Monaten mehr als 1.400 Besucher aufgesucht hatten, endete mit zwei anspruchsvollen Referaten. Der kommissarisch eingesetzte Leiter der Gedenkstätte, Dr. Stephan Linck, sprach über die 1937 erbaute Lübecker Lutherkirche als einstiges „geistiges und geistliches Zentrum des radikal antisemitischen Bundes für Deutsche Kirche" und deren entsprechend ausgestattete Räume. Auch widmete er sich ausführlich dem Schicksal des Pastors Karl Friedrich Stellbrink, einem der „Lübecker Märtyrer", der sich von der Deutschkirche abwandte und am 10. November 1943 als Gegner des Nazi-Regimes hingerichtet wurde.

Den zweiten Vortrag gestaltete Pastorin Constanze Oldendorf von der Kirchengemeinde Luther-Melanchthon. Sie brachte ihre Gedanken zum Gedenkort Lutherkirche Lübeck zum Ausdruck und legte dar, wie ihre Gemeinde es schafft, mit dem schweren Erbe der Nazikirche umzugehen. Dank der Einrichtung einer Ausstellung übernommener Kunstgegenstände sei das Gotteshaus Gemeindekirche, aber zugleich auch Gedenkstätte, in der ökumenischer Arbeit viel Raum geboten werde.

Vorträge zur Ausstellung: Pastorin Constanze Oldendorf und Dr. Stephan Linck. *Foto: Ulrich Jeß*

Im Verlaufe ihrer Jahresversammlung bestätigten die Mitglieder des Freundeskreises dessen 1. Sprecherin, Dr. Hannegreth Grundmann, einstimmig in ihrem Amt. Auch sprachen sie den geplanten Umbau der Dauerausstellung im Dokumentenhaus wie auch gewünschte Veränderungen an den Außenanlagen der Gedenkstätte an, die, je zur Hälfte gefördert von Land und Bund, rund 500.000 Euro kosten werden. „Nach 20 Jahren ist es nunmehr dringend erforderlich, unsere gesamte Anlage zu modernisieren, um sie den Bedürfnissen auch junger Besucher anzupassen. Denn die Zeitzeugen des Nazi-Regimes sterben allmählich aus", sind sich Pastor Hans-Joachim Stuck und Dr. Stephan Linck einig.

ULRICH JESS ist Lehrer im Ruhestand und freier Journalist.

Projekt „Historischer Lernort Neulandhalle" vorgestellt

Die im Dieksanderkoog (Dithmarschen) gelegene Neulandhalle soll zum „Historischen Lernort" um- und ausgebaut werden (siehe *NEWSLETTER* 2/2012). Hierzu hat das Land Schleswig-Holstein im September 2013 beim Bund einen von Prof. Dr. Uwe Danker (Universität Flensburg) erarbeiteten Antrag auf anteilige Projektförderung gestellt. Die Entscheidung über die Bundesförderung wird bis Ende des Jahres erwartet.

Am 12. August und 6. September haben der Kirchenkreis Dithmarschen, Uwe Danker mit seinem Team sowie die Landesregierung das Projekt in zwei Veranstaltungen der regionalen und der bundesweiten Öffentlichkeit vorgestellt; zunächst in der Neulandhalle, dann in Berlin in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund. *(H.S.)*

Projektpräsentation in der Neulandhalle durch Prof. Dr. Uwe Danker (oben) und Staatssekretär Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer in Berlin.
Fotos: Jens Rönnau (oben), Heike Muß

Ahrensbök: Eröffnung der neuen Dauerausstellung

Die seit 2001 bestehende Gedenkstätte Ahrensbök im Kreis Ostholstein hat einen wichtigen Schritt für die weitere historisch-politische Bildungsarbeit getan: Im September hat der Trägerverein der Gedenkstätte Ahrensbök/Gruppe 33 die neue Dauerausstellung „Ein frühes KZ in Ahrensbök" feierlich eröffnet. Die Gedenkstätte Ahrensbök befindet sich in dem einzigen in Schleswig-Holstein erhalten gebliebenen Gebäude, in dem Ende 1933/34 für mehrere Monate ein frühes Konzentrationslager eingerichtet worden war. Die nun eröffnete ständige Ausstellung ist jederzeit nach Vereinbarung oder während der regulären Öffnungszeiten zu besichtigen (November bis April: sonntags 14.00 bis 17.00 Uhr). *(H.S.)*

Eröffnung der Dauerausstellung in Ahrensbök am 29. September mit Vortrag und Führung von Ausstellungskurator Prof. Dr. Jörg Wollenberg.
Fotos: Jens Rönnau

Kaltenkirchen: Wechsel an der Vorstandsspitze und Besuche politischer Prominenz

Uta Körby

Mitgliederversammlung

Die diesjährige Mitgliederversammlung am 2. Juni 2013 war mit fast 40 Personen gut besucht. Grußworte wurden von der Landrätin des Kreises Segeberg, Jutta Hartwieg, und dem Bundestagsabgeordneten Franz Thönnes gehalten. Das Grußwort des Bürgermeisters von Kaltenkirchen, Hanno Krause, wurde verlesen, da er durch die Hundert-Jahr-Feier der Freiwilligen Feuerwehr verhindert war. Eberhard Bohn, stellvertretender Bürgermeister, überbrachte die Grüße der Stadt Kaltenkirchen. Hans-Jürgen Kütbach, Bürgermeister von Bad Bramstedt, führte die turnusmäßigen Wahlen durch. Unter den Teilnehmern waren auch Malte Wicke, stellvertretender Bürgermeister von Kellinghusen, und Eckart Urban, Bürgermeister von Ellerau. Besonderer Gast war Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl von der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, der im Anschluss an die Mitgliederversammlung einen Vortrag hielt.

Der Vorstand des Trägervereins (v.l.n.r.): Uwe Czerwonka, Olaf Nuckel, Uta Körby, Hans Werner Berens, Ingrid Schulz-Pankratz, Enno Hasbargen, Hans Joachim Wolfram. Nicht im Bild: Indre Schmalfeld, Thomas Käpernick. *Foto: Gedenkstätte*

Die Mitgliederversammlung wählte einen neuen Vorstand des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen. Uta Körby kandidierte wegen der Doppelbelastung durch die Leitung der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten (LAGSH) nicht mehr für das Amt der Vorsitzenden des Trägervereins.

Uta Körby war Gründungsmitglied des Trägervereins und gehörte von Beginn dessen Vorstand an, zunächst als Schriftführerin, später als stellvertretende Vorsitzende. 2004 übernahm sie den Vorsitz, als Gerhard Hoch sich aus der Arbeit zurückzog.

In ihrem Rückblick auf neun Jahre als Leiterin der Geschicke des Trägervereins zeigte sie die wichtigsten Stationen in der Entwicklung der Gedenkstätte auf: die *Erhaltung des historischen Ortes* durch die Erlangung des Denkmalschutzes, den Ausbau des Rundweges sowie die Anschaffung des zweiten größeren Containers und die Einrichtung zum Ausstellungsraum.

Dem gesellschaftlichen Auftrag von Gedenkstätten als einem *Lernort* kommt unsere Einrichtung durch feste Öffnungszeiten und mediale Angebote entgegen. Dank der vielen Lehrerinnen und Lehrer im Vorstand kann eine qualifizierte pädagogische Begleitung für die unterschiedlichen Besuchergruppen gewährleistet werden.

Ein besonderes Merkmal der Gedenkstätte Kaltenkirchen ist die enge Zusammenarbeit mit den Hochschulen. Daraus sind die Beschilderung im Außenbereich und die Projektidee für einen Geschichtslehrpfad auf dem angrenzenden ehemaligen Militärgelände hervorgegangen. Die Kooperation soll fortgesetzt werden mit der Entwicklung zu einer Ausstellungskonzeption zur Nachkriegsgeschichte.

Die scheidende Vorsitzende dankte allen Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern, die im Lauf der Jahre durch ihren Einsatz dazu beigetragen haben, dass die Gedenkstätte Kaltenkirchen viel Beachtung findet und einen sehr guten Ruf im Lande genießt. Uta Körby gehört dem neuen Vorstand weiterhin als Beisitzerin an, um vor allem die aufge-

baute Vernetzung auf Landesebene fortzuführen.

Neuer Vorsitzender des Trägervereins ist der bisherige Stellvertreter, Uwe Czerwonka aus Bordesholm. Als Schulleiter des Gymnasiums in Bad Bramstedt bringt Uwe Czerwonka viel Erfahrung in der Leitung einer Einrichtung und in der Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung mit. Durch den Wechsel in den Ruhestand mit Ablauf des Schuljahres war Uwe Czerwonka bereit, die Aufgaben eines Vorsitzenden zu übernehmen und die Arbeit im bisherigen Sinne fortzuführen.

Neuer stellvertretender Vorsitzender ist nunmehr Hans-Joachim Wolfram, der im vorigen Jahr als Beisitzer gewählt worden war. Hans Joachim Wolfram ist ebenfalls Gründungsmitglied des Trägervereins und war bereits in den Anfangsjahren Mitglied des Vorstands. Als ehemaliger Leiter der Janusz-Korzack-Schule in Kaltenkirchen begleitet er häufig die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe, die regelmäßig zum Reinigen der Schilder in die Gedenkstätte kommen.

In ihrem Amt bestätigt wurden Ingrid Schulz-Pankratz als Schriftführerin und Hans Werner Berens als Kassierer. Bereits im Vorjahr waren Enno Hasbargen und Olaf Nuckel, beide aus Quickborn, neu als Beisitzer in den Vorstand gewählt worden.

Besonders erfreulich ist die Bereitschaft zweier jüngerer Historiker, die Arbeit auf der Gedenkstätte fachlich und pädagogisch als Beisitzer zu begleiten:

Indre Schmalfeld aus Neumünster ist Geschichtslehrerin am Gymnasium Kaltenkirchen und Leiterin der Fachschaft Geschichte. Wesentlich auf ihre Initiative ist es zurückzuführen, dass die kompletten 12. Jahrgänge des Gymnasiums die Gedenkstätte besuchen und anschließend Aufgaben für den Besuch der 9. und 10. Klassen erarbeiten. Diese Methode des *Schüler-unterrichten-Schüler* findet aktuell bundesweit viel Beachtung.

Thomas Käpernick aus Kattendorf ist Historiker mit Erfahrung in der Gedenkstättenpädagogik. Er arbeitet als Guide in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Neuengamme. Derzeit forscht er über den ehemaligen Lagerschreiber von Kaltenkirchen, Sergiusz Jaskiewicz, und dessen Rolle in den Häftlingsorganisationen in der Nachkriegszeit (siehe *NEWSLETTER* 3/2013). Er wird darüber auf einer Veranstaltung des Trägervereins berichten.

Karl Heinrich Pohl, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats der Bürgerstiftung, hielt einen Vortrag über „Gedenkstättenarbeit heute – Chancen und Probleme". In wenigen prägnanten Thesen führte er aus, dass das in Gedenkstätten vielbeschworene Leitmotiv „Gegen das Vergessen" für die heutige Generation der Jugendlichen eher kontraproduktiv ist. Untersuchungen belegen, dass Jugendliche durch Schule und Medien sehr wohl viel über den Nationalsozialismus gehört haben, von ‚Vergessen' kann keine Rede sein. Um aber ihr Interesse im Sinne einer demokratischen Bewusstseinsbildung zu gewinnen, müssten neue Ansätze verfolgt werden. Dazu gehört die Einbeziehung der Nachkriegsgeschichte, die für die junge Generation heute erst deutlich macht, warum die Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus mühsam gegen Widerstände erkämpft werden musste. Hierfür böte sich die Entwicklung in Kaltenkirchen exemplarisch für die Nachkriegszeit in Schleswig-Holstein an.

Politische Prominenz zu Besuch

In den vergangenen Monaten hatte die KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen hohen politischen Besuch zu verzeichnen: Nach dem Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, Dr. Eberhard Schmidt-Elsaeßer, besuchte der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion Dr. Ralf Stegner die Gedenkstätte, die er bereits aus den Anfangsjahren kennt.

Ihm folgte kurz darauf Ministerpräsident Torsten Albig, der damit eine Zusage beim Bürgergespräch in Kaltenkirchen im Februar einlöste. Auch Kulturministerin Anke Spoorendonk ließ es sich nicht nehmen, sich über die Arbeit der Gedenkstätte vor Ort zu informieren. Im Frühjahr hatte bereits Marlies Fritzen, kulturpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen und Vizepräsidentin des Kieler Landtags, im Rahmen einer Rundreise zu verschiedenen Orten der NS-Aufarbeitung die Gedenkstätte Kaltenkirchen besucht.

Vorstandsmitglieder erläutern die Geschichte des Lagers anhand eines Modells. (V.l.n.r.:) Hans Joachim Wolfram, Hans Werner Berens, Uta Körby, Anke Spoorendonk, Friederike Pokatis, Uwe Czerwonka. *Foto: Gedenkstätte*

Bemerkenswert ist, dass alle Besucher mit dem Interesse kamen, sich eingehend über die Geschichte der authentischen Orte und die pädagogische Vermittlungsarbeit berichten zu lassen. Alle brachten Zeit und ein offenes Ohr für die Anliegen und Wünsche der verschiedenen Einrichtungen mit. Zwischen den ehrenamtlichen Kräften und den Politikern entwickelten sich intensive Gespräche über die Zukunft der Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein.

Auch die Gedenkstätte Ahrensbök war das Ziel von Informationsbesuchen. Das mediale Echo brachte einen neuen Schub der Aufmerksamkeit in der jeweiligen Region für diese Orte hervor.

Die Politikerbesuche sind im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Landesgedenkstättenkonzepts zu sehen. Unverkennbar war die persönlich glaubwürdige Absicht der Regierungsmitglieder, in Zukunft mehr für die Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein zu erreichen. Außerdem sollte damit die ehrenamtliche Arbeit deutlich in der Öffentlichkeit gewürdigt werden.

Bürgerdelegationsmitglied Uta Körby mit Ministerpräsident Torsten Albig beim Emfang des Bundespräsidenten im Rahmen der Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit. *Foto: Gedenkstätte*

Dies gilt auch für die Wahl von Uta Körby, Sprecherin der LAGSH und langjährige Vorsitzende des Trägervereins Kaltenkirchen, als Mitglied der Bürgerdelegation Schleswig-Holsteins an den diesjährigen Feierlichkeiten zum Tag der deutschen Einheit in Stuttgart teilzunehmen. Hiermit werden Menschen geehrt, die in verschiedenen Bereichen ehrenamtlich wichtige Aufgaben für die Gesellschaft übernehmen. Auch dadurch konnte der Bereich der Erinnerungskultur stärker in das öffentliche Bewusstsein gerückt werden.

UTA KÖRBY ist Vorstandsmitglied des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen und Vorsitzende des Sprecherrats der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein.

Ein Jahr Lehrerpoolstunden in Kaltenkirchen

Hans Werner Berens

Für das Schuljahr 2012/13 genehmigte die schleswig-holsteinische Landesregierung erstmals Lehrerpoolstunden für die Gedenkstättenarbeit. Im Umfang von sechs Wochenstunden wurden sie der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen zugeteilt (siehe *NEWSLETTER* 2/2012).

Mein Aufgabenbereich umfasste in erster Linie die Zusammenarbeit mit den Schulen. Dabei kam es vor allem darauf an, die Kontakte, die in der Vergangenheit schon bestanden, erneut zu knüpfen und mit Leben zu füllen. Denn durch die neue Schulgesetzgebung mussten sich alle bestehenden Haupt- und Realschulen zu neuen Schuleinheiten zusammenfinden. Ich hatte es mir zur Aufgabe gemacht, alle Schulen im Umkreis der Gedenkstätte (Kreise Segeberg und Pinneberg) anzuschreiben und für eine Zusammenarbeit mit uns zu werben.

Das Ergebnis der Werbung war durchaus erfolgreich. Ich erhielt vier Einladungen zu Fachkonferenzen und zwei Besuche von Fachleitern Geschichte/Weltkunde in der Gedenkstätte. Diese Kontakte müssen intensiv gepflegt werden, um das Interesse an unserer Einrichtung wach zu halten. Außerdem muss um die Schulen, die sich bisher nicht angesprochen gefühlt haben, erneut geworben werden.

Ein zweiter wichtiger Arbeitsbereich ist die Führung von Gruppen, vor allem Schulklassen, über unser Gelände und durch unsere Dauerausstellung. Dies war für mich bisher nur an einem Vormittag in der Woche möglich. Inzwischen bin ich im Ruhestand und kann mir die Zeiten frei einteilen. Für einen Nachfolger auf dieser Stelle wird es äußerst wichtig sein, mindestens einen Vormittag für Gruppenführungen zur Verfügung zu haben.

Neben diesen Aufgaben habe ich mich um weitere Aspekte der Gedenkstättenarbeit gekümmert. So verwandte ich im letzten Jahr einige Zeit darauf, Archivmaterial zeitlich zu bestimmen und zu beschriften. Diese Arbeit soll in Zukunft von einem Historiker übernommen werden. Auch die Überarbeitung eines Kalendariums des Gedenkstättengründers Gerhard Hoch habe ich abgeschlossen. Er beschreibt hier die Jahre 1975 bis 2007 in chronologischer Abfolge. Es wird deutlich, wie die Aufarbeitung der Nazi-Vergangenheit in Kaltenkirchen ablief, wie es zur Entdeckung des Außenlagers kam und welche Widerstände zu überwinden waren, bis es zur heutigen allgemeinen Akzeptanz unserer Einrichtung gekommen ist. Die Übersicht steht inzwischen in der Gedenkstätte zur allgemeinen Verfügung.

Meine Erfahrungen nach dem ersten Jahr mit Lehrerpoolstunden lassen sich in allgemeiner Hinsicht resümieren. So besteht eine entscheidende Aufgabe für die Gedenkstättenarbeit in Kaltenkirchen weiterhin in der Entwicklung neuer pädagogischer Konzepte. Bloße Mahnung („Damit so etwas nie wieder vorkommt") bei einem Gedenkstättenbesuch ist nicht mehr ausreichend. Wichtig ist, die Mechanismen, die in den Faschismus geführt haben, zu erkennen und Parallelen zur Gegenwart zu ziehen. So stellen sich zentrale Fragen: Wie gehen wir heute mit Minderheiten um, wie reagieren wir heute auf das Erleben von Gewalt und Unrecht in unserer Gesellschaft? Das fängt beim Mobbing auf dem Schulhof an.

Auch ganz allgemein muss die Gedenkstättenarbeit neu konzipiert werden: Die Zeitzeugen der Nazi-Zeit und irgendwann auch der Nachkriegszeit stehen aus nachvollziehbaren Gründen nicht auf Dauer zur Verfügung. Hingegen spielt die Weigerung der Nachkriegsgeneration, sich zu erinnern, heute bei Besuchern so gut wie keine Rolle mehr, im Gegenteil: Das Interesse, mithin die Faszination an der Geschichte des „Dritten Reiches" ist ungebrochen und nimmt sogar noch zu.

Ferner sind wichtige, teilweise schon begonnene Vorhaben innerhalb unserer Gedenkstätte zu entwickeln, auch mit Blick auf die Fortführung der Arbeit im Rahmen von Lehrerpoolstunden:

- Schülergruppen gestalten Teile des Geländes neu oder leisten erhaltende Maßnahmen
- neue pädagogische Konzepte wie das „peer-to-peer teaching" *(Schüler führen Schüler)* werden vor allem in der Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Kaltenkirchen erprobt
- im Ausstellungsraum müssen ganze Tafeln neu gestaltet oder ersetzt werden
- im Zuge der Reaktivierung des alten Dokumentenhauses muss dafür ein neues Konzept erarbeitet werden. Hier soll der Umgang der Nachkriegsgeneration mit der Nazi-Vergangenheit dokumentiert werden. Insbesondere geht es um die Reaktion der Kaltenkirchener Bürger auf die Forschungsergebnisse von Gerhard Hoch.

Hans Werner Berens ist seit August 2013 Lehrer im Ruhestand, ferner Vorstandsmitglied im Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, an der er seit 2012 als abgeordnete Lehrkraft im Rahmen von Lehrerpoolstunden tätig ist.

Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

Uta Körby

Die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein (LAGSH) ist aufgefordert worden, dem Kulturministerium Vorschläge für den Einsatz der Mittel zu machen, die das Land – unabhängig von den Anträgen auf anteilige Projektförderung des Bundes für Ladelund und die Neulandhalle – hauptsächlich für die Unterstützung der ehrenamtlichen Arbeit zur Verfügung stellen will. Aus diesem Anlass haben sich die Vertreter aller in der LAGSH zusammengeschlossenen Orte zweimal zu erweiterten Sprecherratssitzungen getroffen: am 16. September im Jüdischen Museum Rendsburg und am 29. September in der Gedenkstätte Ahrensbök.

Der Sprecherrat tagt in Rendsburg und Ahrensbök.
Fotos: Harald Schmid (o.) und Jens Rönnau

Die LAGSH sieht die Notwendigkeit, sowohl die Vernetzung untereinander zu fördern als auch die Arbeit der ehrenamtlich geführten aktiven Einrichtungen durch hauptamtliche Mitarbeiter zu entlasten. Der überregionalen Aufgabe sollen beispielsweise Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche, 450-Euro-Kräfte und interessierte Lehrkräfte in Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen dienen. Vor Ort sollen regionale Projekte unterstützt werden, indem für bestimmte Aufgaben Werkverträge vergeben werden.

Dabei ist die LAGSH von der Absicht getragen, das gesamte Spektrum von Gedenkstätten, Erinnerungsorten und Initiativen im

Auge zu behalten, die sich seit Jahren aktiv mit dem Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein auseinandersetzen. Die vom Land in Aussicht gestellten Mittel sollten so eingesetzt werden, dass sie einen Anstoß für die nachhaltige Entwicklung und Professionalisierung der Arbeit vor Ort geben können. Ohne einen Anteil von Hauptamtlichkeit an den einzelnen Orten wird diese Aufgabe nicht auf Dauer zu lösen sein.

UTA KÖRBY ist Vorsitzende des Sprecherrats der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein und Vorstandsmitglied des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen.

Dem hohen Stellenwert zivilgesellschaftlichen Engagements in der Gedenk- und Erinnerungsarbeit muss Rechnung getragen werden – Rückblick auf die 8. Landesgedenkstättentagung

Heino Schomaker

Stellenwert und Perspektiven des zivilgesellschaftlichen Engagements in der zukünftigen Gedenk- und Erinnerungsarbeit in Schleswig-Holstein standen im Zentrum eines Gesprächs von Akteuren der Erinnerungsarbeit mit Ministerin Anke Spoorendonk im Rahmen der 8. Landesgedenkstättentagung am vorletzten Märzwochenende in Bad Malente. Dabei machte Ministerin Spoorendonk deutlich, dass die kleinen Gedenkstätten und Erinnerungsorte aus ihrer Sicht wichtiger und integraler Bestandteil einer zu erarbeitenden Landesgedenkstättenkonzeption sein müssten. Dazu müsste das ehrenamtliche Engagement in diesen Einrichtungen stärker unterstützt und finanziell gefördert werden. Damit begegnete die Ministerin den Befürchtungen zahlreicher TeilnehmerInnen, die eine ungleiche Verteilung von Geldern und eine Hierarchisierung in der schleswig-holsteinischen Gedenkstättenlandschaft durch eine dominante Stellung des geplanten Neulandhallenprojektes befürchteten. In diesem Zusammenhang distanzierte sich die Ministerin von der Vorstellung, der avisierte „Historische Lernort Neulandhalle" solle zu einem „zentralen" Erinnerungsort Schleswig-Holsteins aufgebaut werden. Gleichzeitig warnte Spoorendonk aber vor der Erwartung, dass die landespolitischen Versäumnisse der letzten Jahrzehnte „auf einen Schlag" aufgeholt werden könnten. Es gehe um den Beginn eines kontinuierlichen und transparenten Prozesses, in den unterschiedliche Interessen sinnvoll einbezogen werden sollten. Dabei müsse auch der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten eine neue Rolle zukommen.

Podiumsdiskussion (v.o.l.): Dr. Christian Walda, Dr. Detkef Garbe, Uta Körby, Dr. Thomas Lutz, Anke Spoorendonk, Dr. Harald Schmid.
Fotos: Johanna Jürgensen

Auf der Landesgedenkstättentagung wurde sehr deutlich, dass sich die TrägerInnen der kleineren Einrichtungen und die im letzten Jahr gegründete „LAG Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein" weiterhin intensiv und mit eigenen Vorschlägen an diesem Prozess beteiligen werden. Unter anderem wurde auf die bis heute fehlende

museale Präsentation der NS-Zeitgeschichte in den schleswig-holsteinischen Museen hingewiesen. In einem ersten Schritt könnte eine zu erstellende Wanderausstellung ein gutes Instrument sein.

Abendliches Kulturprogramm: die bremer shakespeare company. *Foto: Johanna Jürgensen*

Die etwa 50 TeilnehmerInnen der 8. Landesgedenkstättentagung unter dem Titel „Erinnerungs(ge-)schichten. Umbrüche im Gedenken des Nationalsozialismus" haben in diesem Jahr paradigmatische Ereignisse und deren Auswirkungen in der Entwicklung der Erinnerungs- und Gedenkarbeit in Schleswig-Holstein in den letzten Jahrzehnten diskutiert und daraus Erkenntnisse und Vorstellungen für ein zukunftsfähiges Erinnern und Gedenken des Nationalsozialismus gewonnen. Dabei wurde vor allem deutlich, dass sich jede Generation ihre eigenen Zugänge zu der nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands aneignen muss.

HEINO SCHOMAKER ist Geschäftsführer der Heinrich-Böll-Stiftung Schleswig-Holstein.

Als Freiwilliger im Flandernbunker Kiel

Moritz Heinrich

Seit 2012 gibt es das Freiwillige Bildungsjahr Politik (FBJ) auch in Schleswig-Holstein. Im lertzten Jahr stellte sich an dieser Stelle mein Vorgänger Matthias Lauer vor (siehe *NEWSLETTER* 2/2012), nun sollen Sie mich als „neuen" Freiwilligen ebenfalls auf diesem Wege kennenlernen.

Ich habe dieses Jahr an der Kreisberufsschule Eutin mein Abitur gemacht. Nun fühlte ich mich nach meinem Abitur zwar dazu bereit, ein Studium zu beginnen, allerdings fand ich, dass es nicht richtig gewesen wäre nach 13 Jahren Schule einfach weiter zu lernen. Ich wollte und will einen anderen Alltag kennenlernen. Außerdem habe ich bereits seit langer Zeit eine hohe Affinität zu Geschichte, diese wurde sicherlich auch durch meine Geschichtslehrerin in der Oberstufe noch weiter verstärkt. Denn sie hat es geschafft, mir mit viel Emotion und Witz Geschichte zu vermitteln.

Moritz Heinrich im Flandernbunker Kiel.
Foto: Benjamin Schlüter

Allerdings wollte ich wissen, wie denn überhaupt die Arbeit im Bereich Geschichte außerhalb der Schule aussieht. Es spielte aber auch noch ein anderer Punkt eine wichtige Rolle. Ich habe nie etwas für die Gemeinschaft getan und empfinde es als Pflicht eines jeden Jugendlichen und jungen Erwachsenen, etwas für diese zu tun oder auch in unserer Gesellschaft zu bewegen.

Was heißt das für meinen Arbeitsalltag? Offiziell angestellt bin ich, wie auch mein Vorgänger, bei der Landeszentrale für politische Bildung Schleswig-Holstein. Meine Einsatzstelle ist aber nicht die Landeszentrale, son-

dern der Flandernbunker in Kiel-Wik. Die Infrastruktur für meine Arbeit, und damit meine ich einen internetfähigen Computer und ein Telefon, stellt hauptsächlich die Landeszentrale.

In erster Linie soll ich mich längerfristig mit der Pressearbeit und der Social-Media-Arbeit des Vereins Mahnmal Kilian und damit des Flandernbunkers beschäftigen. Des Weiteren werde ich die Wanderausstellung „9. November 1938: Die ‚Reichskristallnacht' in Schleswig-Holstein" betreuen. Hierzu möchte ich im kommenden Jahr im Rahmen ihrer Präsentation im Jüdischen Museum Rendsburg besonders für Jugendliche und Schulklassen Führungen anbieten. Später, wenn die Wanderausstellung im Flandernbunker angelangt ist, werde ich hier erneut das bereits in Rendsburg Erprobte durchführen. Bevor ich dies anbieten kann, muss ich mich natürlich nach und nach in die Thematik des Pogroms einlesen und dafür auch selber recherchieren.

Da auch die Vernetzung aller Gedenkstätten zu meinen Aufgaben zählt, werde ich zum Beispiel auch an der organisatorischen Vorbereitung der Landesgedenkstättentagung 2014 teilnehmen. Außerdem ist es geplant, dass ich verschiedene Gedenkstätten in Schleswig-Holstein besuchen werde. Auf diese Art und Weise versuche ich, möglichst viele Facetten der Vergangenheitsarbeit kennenzulernen. Und vielleicht schaffe ich es dann, mich in meinem Freiwilligenjahr immer wieder auch mit eigenen Ideen und Konzepten einzubringen.

Ich freue mich über weiteren Kontakt, erreichbar bin ich unter m.heinrich@kriegszeugen.de.

MORITZ HEINRICH leistet 2013/14 sein Freiwilliges Bildungsjahr Politik im Flandernbunker Kiel.

LESEZEICHEN

AUFGEBLÄTTERT

„Renovierung der deutschen Erinnerungskultur"? Anmerkungen zu einem vieldiskutierten Buch*

Oliver von Wrochem

Wird die deutsche Erinnerungskultur vom Holocaust „in Bann" gehalten? Sind diese Kultur und ihre Vermittlungsformen erstarrt? Bedürfen Sie einer „Renovierung"? Mit solchen Thesen haben Dana Giesecke und Harald Welzer Aufsehen erregt, nicht zuletzt unter den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Gedenkstätten. In ihrem Buch „Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur" (Edition Körber-Stiftung, Hamburg 2012) erheben Sie den Anspruch, die deutsche Erinnerungs- und Gedenkkultur mit ihren Formen der Vermittlung kritisch zu prüfen und unter einem neuen Blickwinkel etwas Innovatives beizutragen.

Der Nationalsozialismus werde als „enthistorisiertes Grauen" präsentiert, stets nur von seinem Ende her, mit dem Wissen um seine grauenhaften Verbrechen gedeutet und dabei die Opfer ins Zentrum des Gedenkens und der Vermittlung gerückt. „Die Abwendung vom enthistorisierten Grauen und die Hinwendung zu den – positiven wie negativen – menschlichen Möglichkeiten enthält mehr aufklärerisches und emanzipatives Potential, als die Erinnerungskultur und ihre Institutionen zurzeit anbieten." Hat das Schreckgespenst „enthistorisiertes Grauen", das die beiden Autoren hier entwerfen, überhaupt etwas mit der kritisierten historisch-politischen Bildung zu tun? Und wenn ja, welche Institutionen vertreten solche Bildungsansatze?

Das Buch ist in zwei Teile gegliedert. Der längere erste Teil setzt sich kritisch mit der aktuellen Erinnerungskultur, ihren Institutionen und Themen ebenso wie mit den vermeintlichen Praktiken des Gedenkens auseinander. Im zweiten kürzeren Teil loten die Verfasser das innovative Potenzial eines noch zu schaffenden „Hauses der menschlichen Möglichkeiten" aus. Den Gedenkstätten als Bildungsorten zum Nationalsozialismus werfen Giesecke und Welzer vor, diese Geschichte von ihrem schrecklichen Ende her zu thematisieren und dabei in ahistorischer Gegenüberstellung von Tätern und Opfern stecken zu bleiben. Diese Praxis sei für ein auf die Zukunft gerichtetes Lernen in der Gegenwart kontraproduktiv. Stattdessen seien die Prozesshaftigkeit der Geschichte darzustellen und dabei die einzelnen Schritte der Ausgrenzung, aber auch der Solidarität und Hilfe nachvollziehbar zu machen. Damit, und das ist ein Kernanliegen des Buches, könne Orientierung für eigenes Handeln gegeben werden. Denn „Erinnerung dient der Orientierung in der Gegenwart zu Zwecken des künftigen Handelns".

Völlig zu Recht kritisieren die beiden Autoren staatlich praktizierte Gedenkrituale, weil sie, wie Volkhard Knigge formuliert hat, eine „historisch entkernte Frömmigkeit" repräsentieren und so das jeweils Spezifische des Geschehens aus dem Blick verlieren. Nun arbeiten allerdings nur wenige historische Ausstellungen ohne zeitgenössische Quellen und in der Vermittlung verzichten nur wenige PädagogInnen darauf, Geschichte als Prozess darzustellen. Ähnlich verhält es sich mit der im Buch formulierten Kritik an der verbreiteten Nutzung von ZeitzeugInnen zur Beglaubigung des historischen Geschehens

* Überarbeitete Fassung einer Rezension, die zuerst erschien in: Informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933–1945, 76/2012, S. 43f.

und der Kritik am Wunsch nach Authentizität – das ist keineswegs neu, in den Gedenkstätten herrscht hierzu ein sensibles Problembewusstsein. Konträr zur Behauptung der Verfasser sind sich die Mitarbeiter/innen der „aktiven" Gedenkstätten als historische Orte von Verbrechen dieses Wunsches nach Authentizität durchaus bewusst, weshalb sie sich in den letzten Jahren stark gewandelt haben zu Orten einer reflexiven (Bildungs-)Arbeit, die gesellschaftliche Normen und Werte wie erinnerungskulturelle Übereinkünfte diskursiv bearbeitet.

Für die historisch-politische Bildung sind jene Passagen des Buches fruchtbar und anregend, in denen Giesecke und Welzer neuere Erkenntnisse zum Nationalsozialismus, zum Geschichtsbewusstsein, zu Fragen von Erkenntnis und Gedächtnis und zur Sozialpsychologie souverän aufbereiten. Auch die Befunde der Forschung zur nationalsozialistischen Ausgrenzungsgesellschaft, zu den lange vernachlässigten Helferinnen und Helfern im Nationalsozialismus sowie die Anregung, Hitler nicht ins Zentrum zu rücken und die situativen Faktoren sowie den Referenzrahmen stärker einzubeziehen sind äußerst lesenswert.

Für die offizielle Erinnerungskultur mag zutreffen, dass eine starke Verengung des Blicks auf die Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden stattfindet, wenn es um den Nationalsozialismus geht. Die Autoren übertragen diese Feststellung jedoch auf die gegenwärtige Bildungsarbeit an Gedenkstätten und nehmen nicht zur Kenntnis, dass dort seit längerem nicht nur ein weit breiteres und differenzierteres Bild der Ausgrenzungs- und Verfolgungsgeschichte vermittelt, sondern auch die Vielfalt von Handlungsmöglichkeiten reflektiert wird. Ebenso werden positive wie negative Beispiele von Rettern und Helfern, Solidarität, Referenzrahmen des Handelns und die im Nationalsozialismus propagierten moralischen Normen thematisiert. In den Gedenkstätten, so ließe sich Giesecke und Welzer entgegenhalten, wird eine andere Geschichte erzählt als jene, gegen die sie sich wenden.

Aus der Binnenperspektive entsteht so der Eindruck, die Autoren hätten die Veränderungen in der historisch-politischen Bildungsarbeit der letzten Jahre nicht zur Kenntnis genommen. Es mangelt ihnen offensichtlich an Einblick in die Praxis von Gedenkstätten, aber auch in ihre thematische Breite, die deutlich mehr umfasst als die Erinnerung an ein „enthistorisiertes Grauen". Vielleicht soll die Gleichsetzung von staatlicher Gedenkpraxis und tatsächlicher aktueller Gedenkstättenarbeit die Absatzzahlen des Buches erhöhen – Skandalisierung und die These eines verkrusteten Bildungsansatzes verkaufen sich nun mal besser als eine differenzierte Analyse.

Gleichwohl, das Buch bietet viele wichtige Anregungen für die gegenwärtige Bildungsarbeit zum Nationalsozialismus. Auch der Gedanke, das Themenfeld zu erweitern und ein Haus zu schaffen, in dem die (Handlungs-)Möglichkeiten des Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden, ist spannend. Bedenkenswert sind auch die lerntheoretischen Ausführungen hinsichtlich der Frage, inwieweit Zivilcourage und prosoziales Verhalten an historischen Orten nationalsozialistischer Verbrechen zu erlernen seien, weil diese Lernziele „nicht allein auf die negativen Lehren eines historischen Extremereignisses gebaut werden" könnten, zumal der Versuch, „aus einem negativen Ursprungsereignis eine positive Identitätsbildung zu generieren und in politisches Verantwortungsbewusstsein zu übersetzen, fehlschlagen muss".

Die Autoren sprechen sich dafür aus, stärker mit Gegenwartsbezügen zu arbeiten. Ihr Plädoyer „für eine Transformation der traditionellen verbrechensbezogenen Strategien der historisch-politischen Bildung und der dazugehörigen Lernorte in bürgergesellschaftliche Strategien und Lernorte eines neuen Typs – eines Typs, der positive Erfahrungen vor dem Hintergrund historischen

Lernens eröffnet", ist zu begrüßen – allein, Gedenkstätten reduzieren heutzutage die historisch-politische Bildung nicht auf verbrechensbezogene Strategien und müssen Gegenwartsbezüge ständig herstellen.

Die interessantesten Passagen des Buches enthält der zweite Teil, in dem es um das „Haus der menschlichen Möglichkeiten", dessen Ziele und thematischen Zuschnitte geht. Zwar glaube ich nicht, dass ein solcher Ort die Gedenkstätten ersetzen kann, doch sind die Möglichkeiten eines solchen Museums, das sich konzeptionell an den Science-Centern und interaktiven Museumskonzepten orientiert, vielfältig. Die Verfasser sehen in ihnen Orte einer Zivilgesellschaft der Zukunft, in denen sich Handeln begreifen lässt. Es gehe an diesem Ort „um die Voraussetzungen und Bedingungen menschlichen Handelns, um das Wahrnehmen, Ausmessen und Nutzen von Handlungsspielräumen und um die sozialen Mechanismen und Bedingungen, die zu Irrtümern, Fehlentwicklungen und Katastrophen führen".

Dieses Haus entwerfen die Verfasser entlang dreier „Storylines". Storyline 1 ist dem gewidmet, was Menschen als biologischen Wesen möglich ist. Sie erzählt von den Fähigkeiten der Menschen zu Kooperation und Koevolution, zur Entwicklung einer kulturellen Sphäre. Storyline 2 greift Mythen und Irrtümer auf: Mechanismen von Deuten und Handeln, Organisationsprinzipien des Alltags und der Verbindung von Einstellungen und Handlungen. Hier arbeiten die Verfasser überzeugend heraus, dass ethische Erwägungen und moralische Überzeugungen das Handeln in sehr viel geringerem Maße bestimmen als oftmals angenommen wird. Vielmehr seien etwa Macht und Gewalt nicht randständige, sondern konstitutive Bedingungen des Handelns, genauso wie „der Wunsch, in Übereinstimmung mit Anderen zu denken und zu handeln". Die dritte Storyline berichtet von der Geschichte und Zukunft der menschlichen Möglichkeiten und setzt sich mit Entscheidungssituationen auseinander. Hier ist der Nationalsozialismus als zentrales Lernfeld ausgewiesen. Es geht darum, begreifbar zu machen, weshalb Menschen bestimmte Entscheidungen getroffen haben. Kernbereiche der Storyline 3 sind: Referenzrahmen des Handelns, das Verhältnis von Autonomie und Konformität im (Gewalt-)Handeln, etwa bei der Analyse der Massenmorde im Nationalsozialismus. Hier geht es beispielsweise um die „Shifting Baselines", also um das Phänomen, dass „Menschen immer jenen Zustand ihrer Umwelt für den ‚natürlichen' halten, der mit ihrer Lebens- und Erfahrungszeit zusammenfällt", und somit auch um „Motive für Täterverhalten" und um Beweggründe des Helfens und prosozialen Verhaltens. Letzterem geben die Autoren deutlich mehr Gewicht geben, denn, so schreiben sie zutreffend: „Die Basis für zivilcouragiertes Verhalten in einer gegebenen Situation bildet nicht das Wissen um das absolute Grauen der Vernichtung, sondern das Wissen um die eigenen Handlungsspielräume."

Ein wichtiger Beitrag zur „Renovierung der deutschen Erinnerungskultur"? Insgesamt bleibt das Urteil gespalten. Einerseits enthält das Buch viele Anregungen und einen konzisen Einblick in die aktuelle Forschung zu wegweisenden Fragen, die über die Forschung zum Nationalsozialismus hinausgehen. Auch die Idee eines „Hauses der menschlichen Möglichkeiten" ist anregend, wenngleich hier vieles mehr skizziert als ausgeführt wird. Andererseits ist die Auseinandersetzung mit der gegenwärtigen Vermittlungsarbeit über weite Strecken enttäuschend, und in den polemischen Passagen nicht selten banal und ignorant. So ist das Buch streckenweise von denselben Mechanismen der Vereinfachung und Simplifizierung geprägt, die die Autoren der aktuellen Erinnerungskultur und der Arbeit in Gedenkstätten unterstellen.

DR. OLIVER VON WROCHEM ist Leiter des Studienzentrums in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme.

LITERATURHINWEISE

Assmann, Aleida: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2013

Baader, Meike Sophia/Freytag, Tatjana (Hrsg.): Erinnerungskultur: Eine pädagogische und bildungspolitische Herausforderung, Köln 2013

Babendreier, Jürgen: Nationalsozialismus und bibliothekarische Erinnerungskultur, Wiesbaden 2013

Bejarano, Esther: Erinnerungen. Vom Mädchenorchester in Auschwitz zur Rap-Band gegen Rechts, hrsg. von Antonella Romeo, Hamburg 2013

Berger, Sara: Experten der Vernichtung. Das T4-Reinhardt-Netzwerk in den Lagern Belzec, Sobibor und Treblinka, Hamburg 2013

Beßmann, Alyn/Eschebach, Insa (Hrsg.): Das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück. Geschichte und Erinnerung, Berlin 2013

Brauchen Demokratien Geschichte? Themenschwerpunkt in: Jahrbuch für Politik und Geschichte 3 (2012), hrsg. von Claudia Fröhlich und Harald Schmid, Stuttgart 2013

Der Novemberpogrom 1938 in der deutschen Erinnerungskultur. Themenheft der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 61 (2013) 11, hrsg. von Wolfgang Benz

Dresdner Geschichtsverein e. V. (Hrsg.): Erinnerungsorte, Gedenkstätten, Gedenkkultur, Dresden 2013

Dybaś, Bogusław u.a. (Hrsg.): Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Polen und Österreich, Frankfurt am Main 2013

Erker, Linda u.a. (Hrsg.): Gedächtnis-Verlust? Geschichtsvermittlung und -didaktik in der Mediengesellschaft, Köln 2013

Fischer, Torben/Lorenz, Matthias N. (Hrsg.): Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung" in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, 3., überarb. und erw. Aufl., Bielefeld 2013

Frank, Niklas: Bruder Norman! Mein Vater war ein Naziverbrecher, aber ich liebe ihn, Bonn 2013

Furrer, Markus/ Messmer, Kurt (Hrsg.): Handbuch Zeitgeschichte im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Taunus 2013

Gastgeber, Christian: Erinnerungskultur. Text, Bild, Ton als mediales Gedächtnis, Wien 2013

Greiner, Bettina/Kramer, Alan (Hrsg.): Welt der Lager. Zur „Erfolgsgeschichte" einer Institution, Hamburg 2013

Groschek, Iris: Der Koffer als Symbol in der Erinnerungskultur. Das Beispiel der Gedenkstätte Bullenhuser Damm, in: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften 4 (2013) 1, S. 76–99

Gryglewski, Elke: Anerkennung und Erinnerung. Zugänge arabisch-palästinensischer und türkischer Berliner Jugendlicher zum Holocaust, Berlin 2013

Hahn, Hans Henning/Traba, Robert (Hrsg.): Deutsch-polnische Erinnerungsorte. Bd. 4: Reflexionen, Paderborn u.a. 2013

Heinrich-Böll-Stiftung Brandenburg/Werkstatt für politische Bildung e.V. (Hrsg.): Näherungen. Auseinandersetzung mit NS-Täter_innenschaft im lokalen Umfeld, Potsdam 2013

Jahr, Christoph/Thiel, Jens (Hrsg.): Lager vor Auschwitz. Gewalt und Integration im 20. Jahrhundert, Berlin 2013

Jürgensen, Claus: Das Altonaer Bekenntnis vom 11. Januar 1933, Husum 2013

Kaminsky, Anna (Hrsg.): Erinnerungsorte für die Opfer von Katyn, Leipzig 2013

Kämmer, Lisa Sophie: Geschichte als Medium der Gesinnungsbildung. Die Gestaltung des Geschichtsunterrichts im „Dritten Reich" am Beispiel des Kieler Geschichtsdidaktikers Karl Alnor, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte 137 (2012), S. 211–241

Klarmann, Johann: Die erneute Demütigung. Hamburgs Umgang mit dem ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme 1945 bis 1985, Münster u.a. 2013

Klein, Anne (Hrsg.): Der Lischka-Prozess. Eine jüdisch-französisch-deutsche Erinnerungsgeschichte, Berlin 2013

KZ-Gedenkstätte Neuengamme (Hrsg.): Polizei, Verfolgung und Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bremen 2013

Laass, Henner (Hrsg.): Lesebuch Interkultureller Humanismus. Texte aus drei Jahrtausenden, Schwalbach/Taunus 2013

Lamparter, Ulrich/Wiegand-Grefe, Silke/Wierling, Dorothee (Hrsg.): Zeitzeugen des Hamburger Feuersturms 1943 und ihre Familien. Forschungsprojekt zur Weitergabe von Kriegserfahrungen. Mit einem Vorwort von Hartmut Radebold, Göttingen 2013

Lehnstaedt, Stephan/Böhler, Jochen (Hrsg.): Die Berichte der Einsatzgruppen aus Polen 1939, vollständige Edition, Berlin 2013

Leppien, Jörn-Peter: „Helden? Verbrecher? Opfer?" Der Nordschleswiger über die neue Dauerausstellung zur Geschichte des Faarhus-Lagers, in: Grenzfriedenshefte 60 (2013) 2, S. 109–120

Meyer, Gabi: Offizielles Erinnern und die Situation der Sinti und Roma in Deutschland. Der nationalsozialistische Völkermord in den parlamentarischen Debatten des Deutschen Bundestages, Wiesbaden 2013

Michalski, Franz: Als die Gestapo an der Haustür klingelte. Eine Familie in „Mischehe" und ihre Helfer, Berlin 2013

Nickolai, Werner/Schwendemann, Wilhelm (Hrsg.): Gedenkstättenpädagogik und Soziale Arbeit, Münster u.a. 2013

Nussenbaum, Isidor: „Er kommt nicht wieder". Geschichte eines Überlebenden, hrsg. von Hans Medick und Jens-Christian Wagner, Dresden 2013

Omland, Frank: „Man hatte ihr Vordringen erwartet ...". Aspekte des Aufstiegs der NSDAP in Schleswig-Holstein und Dithmarschen, korr. u. erw., vierfarb. Neuausgabe, Kiel 2013

Otto-Morris, Alexander: Rebellion in the province. The Landvolkbewegung and the rise of national socialism in Schleswig-Holstein, Frankfurt am Main u.a. 2013

Pohl, Dieter/Sebta, Tanja (Hrsg.): Zwangsarbeit in Hitlers Europa. Besatzung, Arbeit, Folgen, Berlin 2013

Pohl, Karl Heinrich: Der kritische Museumsführer. Neun historische Museen im Fokus, Schwalbach/Taunus 2013

Rathenow, Hanns-Fred/Wenzel, Birgit/Weber, Norbert H. (Hrsg.): Handbuch Nationalsozialismus und Holocaust. Historisch-politisches Lernen in Schule, außerschulischer Bildung und Lehrerbildung, Schwalbach/Taunus 2013

Robel, Yvonne: Verhandlungssache Genozid. Zur Dynamik geschichtspolitischer Deutungskämpfe, Paderborn 2013

Saalbach, Mario: Leiden an der Vergangenheit. Literarische Perspektiven der Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust, Bremen 2013

Schmaler, Dirk: Die Bundespräsidenten und die NS-Vergangenheit. Zwischen Aufklärung und Verdrängung, Frankfurt am Main 2013

Schröder, Vanessa: Geschichte ausstellen – Geschichte verstehen. Wie Besucher im Museum Geschichte und historische Zeit deuten, Bielefeld 2013

Schwendemann, Wilhelm: Schoa und Erinnerung. Sinnvolles Lernen an Schulen und Gedenkstätten, in: Freiburger Rundbrief. Zeitschrift für christlich-jüdische Begegnung, 3/2013, S. 180–189

Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): Schwierige Orte. Regionale Erinnerung, Gedenkstätten, Museen, Halle/Saale 2013

Vorwärts in die Vergangenheit: Wie sich Hitlers Enkel der Geschichte bedienen. Themenheft von: Informationen. Wissenschaftliche Zeitschrift des Studienkreises Deutscher Widerstand 1933-1945, 38 (2013) 77

Wernstedt, Rolf: Erinnern und Lernen. Deutsche Erinnerungskulturen, Peine 2013

Zimmerer, Jürgen (Hrsg.): Kein Platz an der Sonne. Erinnerungsorte der deutschen Kolonialgeschichte, Frankfurt am Main u.a. 2013

TERMINKALENDER

VERANSTALTUNGEN

Noch bis 2. Februar 2014, Jüdisches Museum Rendsburg

Die Talmud-Tora-Schule am Grindelhof in Hamburg zwischen gestern und heute
Fotoausstellung der Hamburger Künstlerin Gisela Floto. Di.–So. 12–17 Uhr und nach vorheriger Vereinbarung (Tel. 04331 25262). Prinzessinstraße 7-8

Noch bis 15. November, artefact – Zentrum für nachhaltige Entwicklung

Die Dritte Welt im Zweiten Weltkrieg
Ausstellung. Näheres unter http://www.3www2.de. Bremsbergallee 35, 24960 Glücksburg

7. November, 19.00 Uhr, Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund

Nicht nur eine Frage des Gewissens – zur Kultur der Erinnerung
Veranstaltung zum 70. Jahrestag der Hinrichtung der vier Lübecker Geistlichen am 10.11.1943. Mit den Historikern PD Dr. Götz Aly und Dr. Stephan Linck, Ministerin Anke Spoorendonk, Erzbischof Dr. Werner Thissen, Bischof Dr. Franz-Josef Bode und Pröpstin Frauke Eiben. Anmeldung erforderlich unter http://lv-landsh.de/Erinnerungskultur. In den Ministergärten 8, 10117 Berlin

8. November, 19.00–23.00 Uhr, Hamburger Rathaus

IV. Nacht der Jugend
„Junge Hamburgerinnen und Hamburger zeigen, wie sie sich jugendgerecht mit der deutschen Geschichte auseinandersetzen." Musik und Theater, Lesungen und Diskussionsrunden aus Anlass der Novemberpogrome 1938. Eintritt frei. Nähere Informationen unter www.rathausnacht.de. Rathausmarkt 1.

8.–10. November, Flensburg

Gedenken der Pogromnacht
Gedenksteinenthüllung auf dem Jüdischen Friedhof (8.11., 11.00 Uhr), Gedenkabend in der Bürgerhalle im Rathaus (9.11., 19.00 Uhr), Gedenkveranstaltung in der St. Nikolaikirche (10.11., 12.00 Uhr)

8. November–23. Mai 2014, Landesarchiv Schleswig-Holstein

9. November 1938. Die „Reichskristallnacht" in Schleswig-Holstein
Ausstellung zum 75. Jahrestag der Novemberpogrome. Eröffnung am 7.11., 19.30 Uhr. Öffnungszeiten: Mo.–Fr. von 08.30 bis 17.00 Uhr, Eintritt frei. Führungen mit der Kuratorin Julia Liedtke, M.A.: 15.11., 10.1., 7.3. und 16.5.2014. Prinzenpalais, Schleswig

9. November, 11.00 Uhr, Lutherkirche

Ausstellungsfinissage
Ausklang der fast 20 Jahre alten Ausstellung über die Lübecker Märtyrer mit Musik, Erinnerungen und einem Ausblick auf die neue Ausstellung. Moislinger Allee 96, 23558 Lübeck

9. November, 20.00 Uhr, Flandernbunker Kiel

Lesung zur Pogromnacht
Mit dem Schauspieler Siegfried Jacobs. Eintritt frei, Hindenburgufer 249

12. November, 18.00 Uhr, Jüdisches Museum Rendsburg – NOVEMBERTAGE 2013

Glanz und Elend deutscher Selbstdarstellung – der 9. November
Vortrag von Prof. Dr. Peter Reichel, Hamburg, und des Sängers und Rezitators Ernst Schaffner. Eintritt: 8/6 Euro. Prinzessinstraße 7-8

12. November, 19.30 Uhr, Centro Sociale

Hermann Langbein. Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit

Buchpräsentation mit der Autorin Katharina Stengel. Eintritt frei. Sternstraße 2, 20357 Hamburg

14. November, 18.00 Uhr, Jüdisches Museum Rendsburg – NOVEMBERTAGE 2013

Sephardische Lieder aus Al-Andalus

Konzert mit alter jüdischer Musik der iberischen Halbinsel. Mit Sabine Loredo Silva (Gesang) und Julia Debes (Harfe). Eintritt: 12/9 Euro. Prinzessinstraße 7-8

19. November, 17.00/19.45 Uhr, Schauburg Fimtheater Rendsburg – NOVEMBERTAGE 2013

Haus Tugendhat

Dokumentarfilm (2013) von Dieter Reifarth über das ungewöhnliche, von Mies van der Rohe erbaute Haus des deutsch-jüdischen Ehepaars Tugendhat. Eintritt: 5/4 Euro, Reservierung: Tel. 04331-23777. Schleifmühlenstr. 8

21. November, 18.00 Uhr, Jüdisches Museum Rendsburg – NOVEMBERTAGE 2013

„Ich versprach, Euch einmal zu erzählen …a naye Geshikhte" – Jiddischer Liederabend

Konzert mit dem Künstler-Duo Michael Grill (Moderator und Rezitator) und Marco Moreno (Schauspieler und Sänger) sowie der Sängerin Petra Frühling. Eintritt: 16/12 Euro. Prinzessinstraße 7-8

21. November, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein

Juden in Schleswig-Holstein – ein historischer Überblick

Vortrag von Dr. habil. Bettina Goldberg, Flensburg. Eintritt: 2/1 Euro. Prinzenpalais, Schleswig

21. November–15. Januar 2014, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Bedrängte Existenz – Überlebende Roma des NS-Terrors in der Ukraine

Ausstellung. Eröffnung am 21.11., 11.00 Uhr, Eintritt frei, Anmeldung erwünscht unter: 040-428131543, studienzentrum@kb.hamburg.de. Studienzentrum, Jean-Dolidier-Weg 75, 21039 Hamburg

23. November, 10.00–17.00 Uhr, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Antiziganismus

Workshop für LehrerInnen, MultiplikatorInnen und andere Interessierte. Teilnahmegebühr: 15/10 Euro (inkl. Verpflegung). Studienzentrum, Jean-Dolidier-Weg 75, 21039 Hamburg

23. November, 19.30 Uhr, Foyer des Rendsburger Stadttheaters – NOVEMBERTAGE 2013

Eine Sternstunde des deutschen Theaters

Vortrag von Margret Heymann über den Tod des Schauspielers Albert Steinrück 1929 und den Beitrag jüdischer Künstler zum deutschen Theater der 1920er-Jahre. Eintritt: 8/6 Euro, Reservierung: Tel. 04331–25262. Hans-Heinrich-Beisenkötter-Platz 1

26. November, 17.00/19.45 Uhr, Schauburg Fimtheater Rendsburg – NOVEMBERTAGE 2013

An ihrer Stelle

Filmdrama (2012) von Rama Bursthein, Israel, über eine junge Frau aus einer jüdisch-orthodoxen Familie, die verheiratet werden soll. Eintritt: 5/4 Euro, Reservierung: Tel. 04331-23777. Schleifmühlenstr. 8

29. November, 19.30 Uhr, Foyer des Rendsburger Stadttheaters – NOVEMBERTAGE 2013

Alexander Granach – Da geht ein Mensch

Dokumentarfilm von Angelika Wittlich, 2012, über die wichtigsten Lebensstationen des jüdischen Schauspielers. Eintritt: 8 Euro, Reservierung: Tel. 04331–23447. Hans-Heinrich-Beisenkötter-Platz 1

5. Dezember, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein

„Wir haben es doch erlebt" – Das Ghetto von Riga

Filmdokumentation mit dem Regisseur Jürgen Hobrecht, Moderation: Prof. Dr. Gerhard Paul, Universität Flensburg. Eintritt: 2/1 Euro. Prinzenpalais, Schleswig

5.–7. Dezember, KZ-Gedenkstätte Neuengamme

Der Umgang mit nationalsozialistischer Täterschaft in den Familien von TäterInnen und NS-Verfolgten sowie in der Gesellschaft von 1945 bis heute

Internationale Konferenz. Näheres unter http://www.kz-gedenkstaette-neuengamme.de/fileadmin/images/Puplikationen/Studienzentrum/2013/Tagung__Taeterschaften_Programm.pdf

12. Dezember, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein

Die Außerrechtsetzung der deutschen Staatsangehörigen jüdischen Bekenntnisses ab 1933

Vortrag von Dr. Klaus Alberts, Kiel. Eintritt: 2/1 Euro. Prinzenpalais, Schleswig

16. Januar 2014, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein

Antijudaismus und Antisemitismus in der Geschichte von Kirche und Theologie. Kleiner Abriss einer großen Verirrung – nebst Anmerkungen zum gegenwärtigen Stand theologischer Einsichten nach der Shoah

Vortrag von Pastor i.R. Joachim Liß-Walther, Schleswig. Eintritt: 2/1 Euro. Prinzenpalais, Schleswig

30. Januar 2014, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein

„Dat Judennest hebbt wi utrökert". Das gewaltsame Ende des Auswanderer-Lehrguts Jägerslust bei Flensburg 1938

Vortrag von Bernd Philipsen, Flensburg. Eintritt: 2/1 Euro. Prinzenpalais, Schleswig

13. Februar 2014, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein

„Ihre Evakuierung wird hiermit befohlen." Die Deportation der Juden aus Hamburg und Schleswig-Holstein 1941–1945

Vortrag von Dr. Beate Meyer, Hamburg. Eintritt: 2/1 Euro. Prinzenpalais, Schleswig

20. Februar 2014, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein

Wie verhielt sich die Bevölkerung gegenüber Judenverfolgung, Novemberpogrom und Holocaust? Ein Vergleich zeitgenössischer Lage- und Geheimberichte

Vortrag von PD Dr. Frank Bajohr, München. Eintritt: 2/1 Euro. Prinzenpalais, Schleswig

6. März 2014, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein

Antisemitische Gewalt und Novemberpogrom

Vortrag von Prof. Dr. Michael Wildt, Berlin. Eintritt: 2/1 Euro. Prinzenpalais, Schleswig

20. März 2014, 19.30 Uhr, Landesarchiv Schleswig-Holstein

Jüdisches Leben in Schleswig-Holstein 1945–1950

Vortrag von Dr. Sigrun Jochims-Bozic, Kiel. Eintritt: 2/1 Euro. Prinzenpalais, Schleswig

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten
Geschäftsstelle: c/o Nordkolleg Rendsburg
Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg
www.gedenkstaetten-sh.de
Tel. +49 (0) 4331-1438-42
Fax: +49 (0) 4331-1438-20
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Gerhard Fouquet

Redaktion, Organisation und Layout:
Dr. Harald Schmid (H.S.),
Kontakt: harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de
Tel.: 0152-31758461